

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Belegerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postfachkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4596**

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonetzelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 Mk. **Wekame-Kolonetzelle 7.50 Mk.** — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721** **Schluss der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr**

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Die Streikbewegung in Mitteldeutschland.

Die preussische Regierung weist mit allem Nachdruck darauf hin, daß die Polizeikraft in Mitteldeutschland keinerlei politische Tendenzen verfolge. Sie richte sich lediglich gegen die verbrecherischen Elemente, die die Sicherheit der Betriebe und der Arbeiterschaft selbst gefährden. Die Betriebsleitungen haben mitgeteilt, daß sie allein im letzten Jahre um mehrere Millionen Mark beschaffen worden sind. Die Lohnwächter wagen nicht mehr, die Arbeiter auf Diebstahl hin zu kontrollieren, da sie sonst schwere Mißhandlungen riskieren. Selbst wenn man diese Tatsache und den guten Willen des Herrn Hirsing anerkennen wollte, so muß man doch feststellen, daß er der letzte ist, der dazu geeignet wäre, mit wertsprechenden Mitteln gegen diese Kriegsnachwirkungen vorzugehen. Der Hatzist und Polenfresser aus Oberschlesien, der keine eignen Parteigenossen, die seiner Wahnsinnspolitik Widerstand leisteten, auf den Sandhaufen stellen wollte, bietet keinerlei Garantie dafür, daß diese Aktion sachgemäß durchgeführt wird.

Sie ist auch von vornherein falsch angefaßt worden, denn anstatt sich der Mitwirkung der besonnenen Arbeiterschaft selbst zu verschern, hat Herr Hirsing sich einzig und allein auf die Stipe verlassen. Wir haben keine Ursache, das hysterische Geschrei der Stoeder- und Konsorten mitzumachen, wir erwarten im Gegenteil von der Arbeiterschaft ruhige und besonnene Haltung gegenüber jeder Provokation, von welcher Seite sie immer erfolgen möge. Wir verlangen aber von der preussischen Regierung, daß sie sogleich dafür Sorge trägt, daß dem unbesonnenen Herrn Hirsing bei seiner Aktion eine Kontrollinstanz aus der Arbeiterschaft selbst zur Seite gestellt wird. Nur so wird die Ruhe in Mitteldeutschland gewahrt werden können.

Ueber die Ausdehnung der Streikbewegung liegen folgende Nachrichten vor:

Halle o. S., 22. März. Die Streikfrage im Industriegebiet hat sich gestern im allgemeinen nicht verschärft. Auf den Werken der Mansfelder Gewerkschaft ist eher eine Zunahme der Arbeitswilligen festzustellen. Im Okerbühlinger Gebiete allerdings ruht nicht nur die Arbeit selbst, sondern auch die Hilfsarbeiten werden jetzt verweigert. Radikale Elemente hielten heute früh die elektrische Kleinbahn im Mansfelder Bergrevier, das einzige Verkehrsmittel der Arbeiterschaft, an und zwangen sie zur Umkehr, so daß viele Arbeiter gezwungen waren, ihren Arbeitsstellen fernzubleiben. Auch auf dem Lande ist in vereinzelten landwirtschaftlichen Betrieben unter dem Druck des Streikbessels die Arbeit niedergelegt worden. In allen Betrieben des Industriegebietes ist eine Bekannmachung ausgehängt worden, daß, wer innerhalb dreier Tage nicht wieder an seiner Arbeitsstelle erscheint, als aus dem Arbeitsverhältnis ausgeschieden betrachtet wird.

III. Halle, 23. März. Die Arbeiterschaft der Peunawerke bei Halle, ungefähr 22 000 Mann, die andauernd Versammlungen abhalten, haben den Betriebsrat abgesetzt und einen Aktionsausschuß eingesetzt. In den Peunawerken muß sichtlich mit dem Ausbruch des Streiks gerechnet werden. Die elektrische Bahn Seltkedt-Heilbra hat den Betrieb eingestellt.

Verhandlungen im Provinziallandtag.

Berlin, 23. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ueber die Lage im Mansfelder Streikgebiet berichtet der Lokalanzeiger: Der Streik hat auch den zusammenretenden Provinziallandtag beschäftigt. Die kommunistische Partei hat einen Antrag eingebracht, in dem es heißt: „Die Truppensammeln, die größere Teile Mitteldeutschlands überschwemmen, vergrößern täglich die Gefahr blutiger Zusammenstöße mit der Arbeiterschaft. Der Provinziallandtag fordert deshalb die Zurücknahme des Hirsing'schen Erlasses vom 16. März, Zurückziehung der Truppen, der Schutzpolizei und der sonstigen Polizeimannschaften aus dem bedrohten Bezirk.“ Oberpräsident Hirsing erklärte, den unhaltbaren Zuständen in der Provinz Sachsen werde ein Ende gemacht werden, das ist der feste Entschluß der Staatsregierung. Es soll damit keine Partei getroffen werden, sondern nur die Elemente, die sich außerhalb des Gesetzes gestellt haben. Die Reichstagsabgeordneten des Mansfelder Bergbaukreises haben mit Stimmenmehrheit eine Entschärfung angenommen, worin sie energisch gegen die Maßnahmen Hirsing's Stellung nehmen.

Die kommunistische Putschpolitik.

Berlin, 23. März. Die Berliner Kommunisten hielten gestern vier starkbesuchte Versammlungen ab, in denen die Lage in Deutschland besprochen wurde. Es wurde erklärt, im Augenblick sei eine Aktion noch verfrüht; aber gegebenenfalls müsse man dem mittel-deutschen Arbeiter die Solidarität beweisen.

Berlin, 23. März. (RTS.) Nach einer Meldung der roten Rahne aus Seltkedt ist es in Eisleben und Seltkedt zu den ersten Zusammenstößen zwischen Schutzpolizei und streikenden Arbeitern gekommen.

Die rote Rahne berichtet aus Hamburg: Eine Versammlung der Arbeiter der Vulkanwerft hat die sofortige Einstellung der Erwerbslosen verlangt und erklärt, diese Forderung erzwingen zu wollen, falls sie nicht bewilligt werden sollte.

Am Anschlag an diese beiden Meldungen fordert das kommunistische Blatt erneut die Arbeiter auf, zum Angriff auf der ganzen Linie überzugehen.

Die Waffen sprechen schon.

Eisleben, 23. März. Das Eisleber Tageblatt berichtet: Heute früh bald nach Mitternacht begann Gewehrschuss. Heute vormittag hört man Handgranatendetonationen. Die Arbeiter werden auf den Straßen mit Waffengewalt durch die Streikenden von der Arbeit abgehalten. Drei Weichen der Bergwerksbahn der Mansfelder Kupferschiefer dauernden Gewerkschaft wurden heute nacht in die Luft gesprengt. Die Stimmung hat sich dadurch verschärft, daß gestern in einer kommunistischen Versammlung ein Redner sich als der berückelte Mag Hölz aus dem Vogtlande vorstellte, der die Führung der Streikbewegung übernommen habe, eine Angabe, der jedoch kaum Glauben beizumessen sein dürfte.

Kahr und Fehrenbach einig?

München, 23. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Münchner Neuesten Nachrichten melden, daß sich der bayerische Ministerpräsident mit der durch die Verabschiedung des neuen Entwaffnungsgesetzes zur Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrags geschaffenen Sachlage befaßt habe, und daß der Ministerpräsident einmütig dem Standpunkt des bayerischen Ministerpräsidenten sich angeschlossen habe, daß die bayerischen Selbstschutzorganisationen ihrem Wesen nach nicht unter das neue Entwaffnungsgesetz fallen und deshalb aufrechtzuerhalten sind. Zu dieser Meldung wird amtlich mitgeteilt, daß über die Stellungnahme der bayerischen Staatsregierung zu dem Gesetz über die Durchführung der Artikel 177 und 178 des Friedensvertrags im Ministerrat keine Entscheidung gefaßt worden sind. Trotz dieses Dementis steht fest, daß die bayerische Regierung auf dem Standpunkt steht, daß die Einwohnerwehren nicht unter das Entwaffnungsgesetz fallen und daß sie sich auch mit der Reichsregierung in diesem Punkte bereits verständigt hat, die gar nicht ernstlich daran denkt, die Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren zu verlangen.

Wenn diese Meldung richtig ist — und es spricht sehr viel dafür —, so wird geradezu ein Verbrechen am deutschen Volke begangen. Der Entente wird der Grund zu neuen „Sanktionen“ geliefert und die Möglichkeit zu erneuten Verhandlungen über die Wiederherstellungsforderungen wird erheblich erschwert.

Die Kino-Sensation des Siegesjulen-Attentats.

Berlin, 23. März. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Polizeipräsidium hatte gestern abend wieder eine völlig unrichtige Meldung über die angebliche Verhaftung der Siegesjulenattentäter verbreiten lassen. Heute nun erfährt die Deutsche Allgemeine Zeitung von zuständiger Stelle von folgenden dem acheinispolen Vorgang: In dem Hause Am Wasser 21 in Rentölln wurden 11 Personen festgenommen, die nach den bei ihnen vorgefundenen Mitgliedskarten und nach eigenen Aussagen zum Teil der kommunistischen Arbeiterpartei angehören und unter denen man die Attentäter vermutet. (!) Die vorgefundenen Pistolen und Revolver waren sämtlich geladen und Erweckung! Außerdem sind schwarze Masken vorgefunden worden.

Eine Dena-Meldung besagt u. a.: Wie wir inzwischen erfahren, handelt es sich bei den Verhafteten um 14 der kommunistischen Partei (?) angehörende Personen, die zum Teil schwarz vorbestraft sind. Die Verhafteten sind bereits vollständig in aller Stille übergeführt, leugnen aber noch sämtlich die Tat.

Diese sensationell aufgemachten Nachrichten sind natürlich mit großer Vorsicht aufzunehmen, namentlich lassen wir es dahingestellt, ob die Polizei wirklich in den Verhafteten die Attentäter erwirkt hat. Wie unsicher die ganze Geschichte noch ist, geht schon aus dem Umstand hervor, daß die Verhafteten einmal als Angehörige der KPD, und einmal als solche der RPD, vorgestellt werden. Wie es sich damit verhält ist im übrigen gleichgültig; man wird keine dieser Parteien für die Taten oder Pläne von Verbrechern verantwortlich machen dürfen. Wobei freilich nicht zu verkennen ist daß die Putschpolitik dieser Parteien einen großen Anreiz auf allerlei revolutionäromantisch veranlagte Phantasien ausübt und geizigen Verbrechern die Möglichkeit bietet, sich „politisch“ zu drapieren. Putschistische Parteien werden die ungeliebte Gefolgschaft von Spitzeln und Verbrechern niemals los-

Eisenbahnerstreik in Oesterreich?

Wien, 23. März. (T.S.) Die Eisenbahngesellschaften haben nach Forderungen aus Lohn erhöhungen sowie Neuregulierung ihrer Bezüge erhoben und die Forderungen bis vor Oftern befristet. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß es zu einem Streik kommt.

Die Tragödie des ungarischen Nationalbolshewismus.

Von Julius Braunnthal, Wien.

Im Auftrage der sozialdemokratischen Emigranten haben die gewesenen Volkskommissäre, Wilhelm Böhm, Alexander Garbai, Siegmund Kufsi und Jozan Konai der internationalen sozialistischen Konferenz in Wien eine Denkschrift über die Rolle der ungarischen sozialdemokratischen Partei in der Rätereierung überreicht. Es ist das erste sozialdemokratische Dokument über das Werden und den Niedergang der ungarischen Kommune. Während die kommunistischen Emigranten — mit der einzigen, rühmlichen Ausnahme Vargas, der sich mit wissenschaftlichen Erörterungen der proletarischen Diktatur zu fassen — die Welt mit ihren üblen Schmähchriften über den „Verrat“ ihrer sozialdemokratischen Kampfgesossen, die treu und ehrlich im aussichtslosen Kampfe ausgeharrt hatten, überschwemmen, erachten die sozialdemokratischen Emigranten es als ihre vornehmste proletarische Pflicht, ihre ganzen Kräfte dem Kampfe wider den weißen Schrecken der Konterrevolution zu widmen. Was beispielsweise der bestgefahrene und vielverleumdete Siegmund Kufsi zur Organisation des internationalen Widerstandes des Proletariats, ja der ganzen Kulturwelt gegen Horthy-Ungarn in unerträglich unerbittlicher, zäher Arbeit beigetragen hat, sichert ihm in der Geschichte des Sozialismus mit Recht einen hervorragenden, unvergänglichen Rang. Die Denkschrift, in der nun zum ersten Male die ungarischen Sozialdemokraten die historische Verantwortlichkeit für den Zusammenbruch der Rätediktatur feststellen, lehnt es mit würdevoller Zurückhaltung ab, an das kommunistische Mägen-gewebe, das ihre proletarische Ehre zu verbunkeln bemüht ist, mit der kritischen Sonde heranzutreten. Sie begnügt sich mit der Darstellung der ökonomischen, sozialen, nationalen und massenpsychologischen Triebkräfte, die Werden und Vergehen der Rätediktatur verursacht haben.

Ungarn war bis zum Oktober 1918 das einzige Land Europas einschließlich der Türkei, in der die Arbeiterklasse völlig machtlos war, weder Anteil an der Volksvertretung hatte, noch selbst ein Koalitionsrecht besaß. Bis zur Revolution hatte die Arbeiterklasse weder im Parlament, noch in einer der vielen Tausenden Gemeinden einen Vertreter; es bestand außer den Gewerkschaften nicht einmal eine politische Arbeiterpartei, die zwanzigmillionenköpfige Bevölkerung des Landes konnte nur durch eine einzige sozialistische Tageszeitung beeinflusst werden. Es leuchtet ein, daß die Arbeiterklasse für ihre riesengroße Aufgabe, die ihr die Revolution stellte, geistig und organisatorisch nur ungenügend gerüstet war.

Es kam der Zusammenbruch der Monarchie. Der Volkszorn legte die feudalen und bürgerlichen Parteien, die bisher eine grauame Klassenherrschaft ausgeübt hatten, im Sturme hinweg. Der Arbeiterklasse fiel die Macht kamplos zu; sie, die Trägerin der Heilsbotschaft des Sozialismus, wurde zur selbstverständlichen Führerin der Revolution. Die Revolution hatte drei Aufgaben zu lösen: politisch, die Aufrichtung einer demokratischen Republik, national, die Scheidung der nichtmagyarischen von der magyarischen Nation, sozial, die Abschaffung der feudalen Grundbesitzer. Da aber die industrielle Arbeiterschaft die Revolution trug und führte, versuchte sie auch, soweit die Umstände gestatteten, an sozialistischen Gedanken zu verwirklichen. Was in den zwanzigen Monaten wirklich geschaffen wurde, ist gewaltig, an den Zuständen gemessen, die vor der Revolution in Ungarn herrschten. Die politische Revolution wurde restlos durchgeführt, die Verfassung und Verwaltung des Staates auf breite demokratische Grundlagen gestellt, die kaiserliche Armee völlig zerstört und eine proletarische Wehrmacht geschaffen, eine sozialistische Schul- und Kulturpolitik eingeleitet. Aber das alles war wohl Voraussetzung und erster Akt zum Sozialismus, aber keineswegs seine Verwirklichung. Denn trotzdem die Arbeiterklasse unumschränkt im Staate herrschte, konnte sie es nicht verhindern, daß sich ihre wirtschaftliche Lage verschlechterte. Die getriebenen Gebiete gingen bei der Aufteilung des Landes an die Nachfolgestaaten verloren, Industrie und Handel lagen infolge der allgemeinen Weltkrise und der besonderen Wirtschaftsnote aller ehemaligen Staaten der Donaumonarchie danieder, die Zahl der Arbeitslosen war riesengroß und in stetem Wachstum, das Brot wurde knapper. Aber die Massen hatten sich gerade von der Herrschaft der Sozialdemokratie eine erhebliche Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage erhofft. Sie glaubten, daß die Herrschaft der Sozialdemokratie, als die Bürgerschaft der von Wilson geforderten Demokratie, dem Lande auch einen „gerechten“ Frieden bringen werde, der ihre nationalen Empfindungen nicht verletze. Indes auch das Waffen-kraftsdebit war grausam hart und entflammte die nationale Empörung. Die Bauern hatten von der sozialdemokratischen Regierung die Aufteilung des Großgrundbesitzes gefordert. Diese aber wollte zum Mindesten die Agrarreform gemäß den sozialistischen

Wandlungen lösen; also nicht Aufstellung, sondern Vergeßlichkeit...
König des Bodens. Das vermochten die Bauern und Landarbeiter nicht zu begreifen. Auch sie zogen sich enttäuscht von der Sozialdemokratie zurück.

Und nun traten die Bolschewiki in die Kampfarena. Sie versprachen den Massen die Erfüllung aller ihrer Wünsche; zunächst und vor allem ihrer nationalen. Was Wilson dem Lande geröhrt hatte, das wollte Lenin dem Lande wiedergewinnen. Der ungarische Kommunismus war vom ersten Tage seiner Wirksamkeit an nationalbolschewistisch; aus dem Nationalbolschewismus zog er seine stärkste Kraft, die ihm schließlich die Herrschaft brachte. Den unzufriedenen Massen in den Städten verbrach er bedenkenlos eine sofortige und erhebliche Besserung ihrer Lage, wobei er gleichzeitig skrupellos ihre Unzufriedenheit schürte und aufstachelte und sie zu maßlosen Ansprüchen verleitete. Er verwendete seine ganze Kraft, um den Aufbau der demokratischen Republik zu sabotieren, um desto wirkungsvoller hernach nachzuweisen zu können, daß die Demokratie ein ungeeignetes Mittel zur Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse sei. Die Bauern, unbefriedigt und in Wut gegen den Versuch einer sozialistischen Lösung der Agrarfrage, die Städte erfüllt von den aufgeregten Soldaten, Arbeitlosen und industriellem Proletariat, die Intellektuellen ganz im Banne des Nationalbolschewismus: diesen Widerständen gegenüber reichte die Kraft der Sozialdemokraten nicht aus. Dazu kam die nationale Krise durch eine Note des Obersten entseht, der die sofortige Räumung neuer großer Gebiete forderte und die so festgelegte strategische Linie als die definitive Grenze bezeichnete. Die bürgerlichen Koalitionsparteien lehnten die Verantwortung für die Erfüllung der Ententeforderung ab. Sie traten aus der Regierung aus. Die Sozialdemokratie, der nun Macht und Verantwortung überlassen war, mußte darangehen, die proletarische Einheitsfront herzustellen. Die kommunistische Partei war ganz schwach, sie zählte nur 5000 Mitglieder, aber die breiten Massen der sozialdemokratischen Arbeiter waren kommunistisch gesinnt. Die nationalbolschewistische Stimmung wurde durch das brutale Ententeedikt gewaltig entzündet. Es war für alle Parteien, alle Klassen, alle Schichten der Bevölkerung unannehmbar. Alle forderten die Zurückweisung der Ententeforderung, das heißt, den Krieg. Dieser war jedoch nur auf dem Boden der sozialistischen Einheitsfront möglich. „Ein Krieg ohne eine Verständigung mit dem Kommunismus, das wäre der Krieg gegen die Preisgebung der sozialistischen Bodenreform, also die Hineinsetzung des Sozialismus in Ungarn, das wäre letzten Endes die Verlust des Landes gewesen. . . . Zwischen die Möglichkeiten, einen Bürgerkrieg gegen die bestehenden Klassen oder gegen das Proletariat zu führen, gestellt, entschied sie (die sozialdemokratische Partei) sich für die Diktatur des Proletariats. So wurde in einem Lande, wo außer der unklaren und stets wechselnden Stimmung der Massen alle Voraussetzungen der sozialen Revolution fehlten, die Diktatur des Proletariats ohne irgendwelchen Widerstand ausgerichtet.“ Das Proletariat besaß weder die geistige noch die organisatorische Fähigkeit; an diesen Widersprüchen ging die Revolution zugrunde. Und daß die ungarische kommunistische Partei die Revolution gewissenlos herbeigeführt hat, ohne die Voraussetzungen zu prüfen, ob sie auch zu beschafter sei, das ist ihre geschichtliche Schuld. Die sozialdemokratischen Führer etablierten es, obgleich ihnen das Verhängnis der Machtergreifung vom ersten Augenblick an offenbar war, als ihre selbstverständliche Pflicht, beim Proletariat zu verharren und zu versuchen, die unvermeidliche Niederlage zu mildern.

Die Rätediktatur vermochte naturgemäß die Wünsche der arbeitenden Klasse nicht zu erfüllen. Der ringsum an den Grenzen des Landes tobende Kriegsbrand, die Blockade, die allmählich einsetzende Sabotage der Intellektuellen, die Desorganisation der Industrie, des Verwaltungsapparats des Staats, die Teilnahmslosigkeit und in späterer Folge die Feindschaft der bäuerlichen Bevölkerung steigerte den Notstand des Staates ganz außerordentlich. Die begeisterte Stimmung der Massen schlug bald um. Es setzte nun eine Terrorherrschaft ein, die das Widerstandszentrum verstärkte. Der Zusammenbruch war unentzinnbar. Die Sozialdemokratie bot ihre gesamten moralischen und materiellen Kräfte auf, um die Diktatur zu stützen. Sie war es, die nach dem Zusammenbruch der ersten Armee am 2. Mai aus ihren Reihen, aus den Reihen der Gewerkschaften, eine zweite Armee aufstellte, die den verlorenen Krieg in einen siegreichen wandelte. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften waren es, die die völlig desorganisierte Produktion empohoben, die die Grundlagen eines neuen Verwaltungsapparats legten, die schließlich alles, was an sozialem Aufbau in Käuengarn gefassten wurde, bewirkten. Freilich vermochten sie die Kriegsmüdigkeit, den Hunger in den Städten, den gegenrevolutionären Geist der Agrarbevölkerung nicht zu bannen, die durch die kommunistische Taktik der Revolution entfremdeten geistigen Arbeiter nicht wieder zu gewinnen. Die nationalbolschewistische Stimmung, die Offiziere und Intellektuelle der Rätediktatur zugeführt hatten, schlug naturgemäß in eine konterrevolutionäre um, als die verprochene russische Hilfe ausblieb und die feindlichen Heere siegreich wurden.

So kam der Zusammenbruch und mit ihm der Beginn einer Schreckensherrschaft, deren Grauen noch immer über diesem unglücklichen Lande waltet. Dem Thiers Ungarns, dem Admiral Horthy, wird noch die Totenglocke läuten; das selbende ungarische Proletariat, das sein Blut dem Befreiungskampfe der Menschheit hingab, wird, wie die Kommunalkämpfer der französischen Revolution „eingeschreint in dem großen Herzen der Arbeiterklasse“ sein.

Banrische Verschwörer.

F. Seit langem beschäftigen die Beschuldigungen, die das christlich-soziale Neue Volk gegen die beiden Königspräsidenten Maner-Kon und Graf Bothmer erhebt, die Öffentlichkeit. Diesen beiden wird vorgeworfen, daß sie französische Gelder zur Förderung monarchistischer Propaganda in Bayern angenommen hätten. Trotz des schweren Vorwurfs haben die Königspräsidenten noch nicht gewagt, gegen das christlich-soziale Blatt Klage zu stellen. Nun ist aber bekannt, daß die beiden Herren manche Millionen im Auftrag des Dr. Helm ausgeschickt haben und Dr. Helm betreibt mit großem Eifer seine Pläne auf Schaffung einer katholischen Donauföderation, denen auch der banrische Königspräsident nicht ferne steht. Inzwischen hat sich Maner-Kon durch seine Enthüllungen über die Einwohnerwehr beim Königspräsidenten von Rahr und bei den übrigen Einwohnerwehrgewaltigen in Ungnade gebracht und die Beziehungen des Grafen Bothmer zu französischen Kreisen sind jetzt auch seinen früheren

Freunden nicht mehr angenehm. Die einst so eifrigen Diener der Heimlichen Politik mußten deshalb abgeschüttelt werden und der Ministerpräsident besorgte das in seiner Landtagsrede vom 13. März durch die „Enthüllung“, daß Graf Bothmer und Maner-Kon mit hochverrätherischen Plänen umgehen und daß dabei Fäden nach Oesterreich und nach dem Westen eine Rolle spielen. Aber schon am 17. März mußte Herr von Rahr im Landtag erklären, daß seine Enthüllungen zu strafrechtlichem Einschreiten keinen Anlaß gegeben hätten. Vermutlich ist dem banrischen „Staatsmann“ inzwischen klar geworden, oder klar gemacht worden, daß man gegen Leute, die zu viel wissen, kein Strafverfahren anhängig machen darf, wenn man nicht selbst unter die Räder kommen will. Und der banrische Ministerpräsident hat wohl alle Ursache, zu schweigen, wenn von Oesterreich die Rede ist, es könnte sonst einem Eingeweihten einfallen, über die Verhandlungen des Herrn von Rahr mit den österreichischen Christlich-Sozialen etwas auszulaudern, insonderheit über die Bestrebungen zur Errichtung eines katholischen Staatenbunds in Mitteleuropa.

Eine Enthüllung löst bekanntlich die andre aus und so lesen wir im Neuen Volk, daß der Bauern doktor Heim am 10. April 1920 in Bern war und dort eine Unterredung mit dem derzeitigen französischen Kriegsminister Barthelemy hatte. Am 12. April besprach man den Plan, durch die Franzosen die Westfront besetzen zu lassen, um das Weissenhofreich auszurichten. Gleichzeitig sollten die Franzosen auf der Malinthe und die Tschechen aus Deutschböhmen gegen Bayern vordringen. Der Kronprinz Rupprecht sollte dann auf den banrischen Thron gebracht werden. Merkmalig ist bei diesen Enthüllungen die Uebereinstimmung mit einem Artikel des Herrn Fernand de Brinon, der am 15. März 1921 im Journal des Debats erschien. In diesem Artikel wird eine Unterredung mit dem besten Vertrauten des banrischen Kronprinzen Rupprecht wiedergegeben. (Der Kronprinz war krank und konnte den Ausleger nicht selbst empfangen.) Es wird da der bestimmten Uebereinstimmung Ausdruck gegeben, daß die Wittenbergmonarchie in Bayern wieder zur Macht kommen und daß der alte Traum des verflochten banrischen Königs Ludwigs, einen Wittelsbach auf den preussischen Thron zu bringen, sich verwirklichen lasse, weil die Hohenzollern unmöglich geworden seien. Es wird dann noch von Brinon auf die Verhandlungen hingewiesen, die Rahr mit den Wiener Christlich-Sozialen geführt hat.

In der ganzen nationalistischen Presse Frankreichs wird plötzlich eine lebhafteste Sympathie für die davongelagerten deutschen Fürsten lebendig. Getraut man in den süddeutschen Staaten, vor allem in Bayern, die Monarchie wieder herzustellen müsse, weil das zur Trennung von Preußen führe. Die Action Francaise geht auseinander, daß man die Einzelstaaten für die deutsche Schuld haftbar machen müsse, zuerst Bayern, das man dann von seiner Verpflichtung entbinden wird, unter der Bedingung, daß es aus dem Reiche austreten wird. Man hat also von Bayern aus in Frankreich schon für die nötige Stimmung gesorgt, und in Oesterreich ist man nicht minder eifrig tätig. So wird einem Münchner Blatt aus Wien gemeldet, daß die monarchistische Agitation für die Habsburger in den letzten Wochen in auffallender Weise zunahm. Es scheint eine Geheimaktion für die monarchistische Restauration im Gange zu sein, wobei die monarchistischen Parteien in Ungarn, Oesterreich und auch in Süddeutschland zusammenarbeiten. Von Oesterreich soll die Aktion durch den ehemaligen Presschef im Wiener Außenministerium, Grafen Wessner, geleitet werden. Von Ungarn durch den früheren Minister für nationale Minderheiten, Alener. Für Süddeutschland sollen die Führer der Ortschaften, nach einer Meldung der Wiener Arbeiterzeitung reisten Wessner und Beyer bereits zu Beratungen mit den Münchner Ortschaften nach München, und Wessner soll der gleichen Meldung zufolge von München direkt zu Exkaiser Karl gereist sein.

Inzwischen konnte festgestellt werden, daß die beiden Königspräsidenten tatsächlich in München waren und einen ganzen Stab von Gefolgsleuten aus Wien und Budapest bei sich hatten. Im Hotel Banrisches Hof waren sie absteigend und hatten während der ganzen Zeit ihrer Anwesenheit Besprechungen mit den Ortschaften, mit Hierakalen und andern monarchistisch orientierten Politikern. Es wurde auch behauptet, daß Wessner 6 im Ministerpräsidenten war. Wessner reiste bald wieder ab, während Beyer mit einigen Begleitern bis zum 18. März in München war. Der banrische Ministerpräsident würde auf tun, über seine eigenen Verschwörungen zu reden, bevor er „Enthüllungen“ über andre, ihm unangenehme Leute macht. Dabei müßten wir aber bemerken, daß von sämtlichen Verschwörern der eine sonderlich wert ist wie der andre. Aber mit oder ohne monarchistische Verschwörung wird der banrische Ministerpräsident über kurz oder lang wieder in die Resignation des Verwaltungsbureaunkrismus verschwinden müssen, aus dem ihn der Staatsstreich im März vorigen Jahres hervorgehoben hat.

Im Zusammenhang mit den monarchistischen Umtrieben in den Donauländern sehr zweifellos auch die auffällige Haltung der Banrischen Volksarmee für das Verbleiben Deutschwestunarns bei Ungarn und der begeisterte Lobeshymnus, der vor kurzem in der kirchlichen Augsburgischen Postzeitung auf den Exkaiser Karl gesungen wurde. Die banrischen Demokraten, die durch ihren Redner im Landtag schon deutlich merken ließen, daß sie nicht mehr unbedingt hinter dem Ministerpräsidenten stehen, rücken kräftig von den Hierakalen ab, mit denen sie bisher durch bid und bürn gingen. In der Süddeutschen Demokratischen Korrespondenz wird parteilich in Bezug auf die westunarnischen Pläne gesagt, daß die Tendenz des ganzen Treibens die sei: Der alte Plan Dr. Helms, der sich mit dem französischen Plan einer Donauföderation deckt, gewinnt Formen und Umrisse: einen katholischen Staatenbund zu schaffen, eine Länderbunde zu schlagen von Ungarn bis nach Frankreich, den alten österreichisch-ungarischen Staatenbund wieder aufleben zu lassen, nur nach Westen hin verstärkt, durch die Einbeziehung Bayerns.

Wenn die banrischen Demokraten jetzt erst so schau geworden sind, hinter diese Pläne zu kommen, dann sind sie sehr spät aufgestanden. Wir haben in unserer Nr. 252 am 25. Dezember vorigen Jahres bereits auf die Pläne Dr. Helms aufmerksam gemacht und wissen heute, daß die militärische Unterstützung dieses Vorhabens noch weiter gediehen ist, als sie damals schon war. Die Heimatwehren sind jetzt nicht nur in Tirol, sondern auch bereits in Kärnten und Salzburg, ja sogar in Oberösterreich organisiert und unterliegen der Leitung der banrischen Ortschaften. Es ist also leicht verständlich, wenn die österreichischen und ungarischen Verschwörer nach München kommen, um mit Herrn v. Rahr, der einstweilen noch banrischer Ministerpräsident ist, und mit den übrigen Ortschaften noch banrischer Ministerpräsident ist, und mit den übrigen Ortschaften und Einwohnerwehrgewaltigen zu verhandeln. Mögen sie Pläne schmieden und an ihrer Ausführung arbeiten. Wir vertrauen auf die Aktionsbereitschaft des deutsch-österreichischen und des banrischen Proletariats, an dessen Wachsamkeit und geschlossener Kampffront auch dieser phantastische Plan der monarchistischen Konterrevolution zerschellen wird!

Polnischer Terror in Oberschlesien.

Die Nachrichten über polnische Terrorakte in den östlichen Gebieten Oberschlesiens, in denen eine polnische Mehrheit erzielt wurde, häufen sich. Sollten sie auf Nichtakt beruhen, so wäre die Möglichkeit vorhanden, daß Polen durch die tatsächliche Besetzung dieser Gebiete ein fait accompli schaffen und ihre Forderung an Polen, für die sich wahrscheinlich auch Frankreich einsetzen wird, erzwingen will.

Wir geben nachstehend die wichtigsten Meldungen über die polnischen Terrorakte wieder:

Berlin, 23. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die

Berliner Morgenblätter berichten in ernst klingenden Meldungen von drohenden polnischen Putschversuchen in Oberschlesien. Und diese Meldungen sind zunächst mit größter Vorsicht aufzunehmen, da alle Korrespondenten als nationalistisch vorgekommen gelten müssen, selbst der Sonderkorrespondent des Berliner Tagesblattes, der folgendes erzählt: „Die Lage an der Grenze zwischen Tarnowitz und Myslowitz hat sich im Laufe der letzten Tage beängstigend verschärft. Offenbar wollen die Polen in ihrer Enttäuschung über den Ausfall der Abstimmung ihre Forderung mit Gewalt durchsetzen. Aus einer großen Zahl von Orten mit überwiegend polnischer Bevölkerung werden brutale Mißhandlungen von Deutschen gemeldet. Aus diesen Kreisen treten Scharen der eingeweihten Bevölkerung, soweit sie des Deutstums verdächtig ist, ein. Man sucht die Flüchtlinge vorläufig noch zu beruhigen und zum Auszuziehen zu veranlassen, aber man wird sich auf die Dauer ihrer tatkräftig annehmen müssen. Während es sich bisher nur um polnische Bänder aus Oberschlesien handelte, wird heute abend gemeldet, daß reguläres polnisches Militär in Wierenthal, einem Orte südlich von Myslowitz, eingerückt ist. Sollte es nicht gelingen, die polnischen Truppen zurückzudrängen, und die Grenze zu sichern, so müßte mit einer verstärkten Wiederholung der Aufstandsbewegung vom August vorigen Jahres gerechnet werden. Es wird daher von den alliierten Truppen abhängen, ob Oberschlesien ruhig bleibt, oder ob es in Kämpfe von unabsehbarer Tragweite hineingerissen wird.“

Hierzu ist zu bemerken, daß es seltsam ist, daß polnisches Militär über die polnische Grenze nach Oberschlesien eingerückt ist; die bürgerlichen Blätter hatten vor kurzem gemeldet, daß die Ueberwachung dieser Grenze englischem und italienischem Militär übertragen worden sei, und daß diese Befehle eine Garantie gegen einen polnischen Einfall bieten.

Berlin, 23. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Vorwärts bringt einen Bergweilungsauftrag der Gewerkschaften aus Gleiwitz. Es heißt darin: „Wie wir schon aus dem Munde maßgebender Führer der freien Gewerkschaften vernahmen, herrscht in der gesamten deutschorientierten Arbeiterchaft Oberschlesiens eine kaum noch zu überbietende Erbitterung über die Schändlichkeiten der Sokol- und Mordbuben in den Bezirken mit polnischer Mehrheit. Zu Hunderten werden Arbeiter mit Gummiknüppeln von ihrer Arbeitsstätte vertrieben, schwere Verletzungen sind die Regel. Funktionäre der Gewerkschaften müssen ihre Wohnung aufgeben und in sichere Gebiete flüchten, um nicht in ihrem Heim überfallen zu werden. Die deutschen Gewerkschaften dürfen dieser systematischen Verfolgung nicht länger tatenlos zusehen. Gegenmaßnahmen werden notwendig für den Fall, daß die interalliierte Kommission nicht schon in allerzürstester Zeit eingreift, was bei der steten Duldung dieses Schandtreibens durch die Besatzungstruppen selber sehr unwahrscheinlich ist. Die von unserm Berliner Berichterstatter befragten Gewerkschaftsführer sehen auf dem Standpunkte, daß der Oberste alliierte Rat sofort die nötigen Anweisungen an seine Doppelner Kommission ergehen lassen muß. Den Gewerkschaften selbst ist es unmöglich, sich noch einmal an die interalliierte Kommission zu wenden, da sie schon die letzten Vorstellungen wegen des polnischen Terrors nicht entgegengenommen, sondern an ihre jungen Leute verwiesen hat.“

Kattowitz, 21. März. Im ganzen Landkreis Beuthen fanden besorgniserregende Unruhen auf. In Deutsch-Beuthen wurden die Gebrüder Dufek, der eine Mitglied des paritätischen Ausschusses, erschossen. Auf der Straße Beuthen-Mysłowitz wurde die Straßenbahn aufgehalten; sämtliche Leute herausgezerrt und vor den Augen der Franzosen schwer mißhandelt. Die Ortschaften Orzechow des deutschen Plebiszitatskommissariats wurde vertrieben; 30 Personen wurden teils schwer, teils leicht verletzt. In Kattowitz entwarfen die polnischen Beamten der Abstimmungspolizei die deutschen Beamten. Heute abend zog in Beuthen eine Bande von 60 Polen in geschlossener Menge zum Hotel Lomnitz. An den General Le Rond ist ein Telegramm um Hilfe gefandt worden. In Schoppitz wurden polnische Umzüge veranstaltet, Gewalttätigkeiten gegen Deutsche verübt und die Wohnungen der Deutschen geplündert. Schwache französische Abteilungen sind dorthin gefandt worden. Eine schwere Schieferel ist im Gange. Die Deutsche Klüchten. Die zuständigen Kreisontrolloren sind wiederholt demgegen von verschiedenen Seiten um Hilfe gebeten worden, bisher jedoch ohne Erfolg.

Kattowitz, 22. März. Die Gegend östlich und südlich von Kattowitz, besonders die Ortschaften Janow, Gieschewald, Nilschschacht, Wolzbin, Schoppitz u. a. sind vom schwersten polnischen Terror heimgesucht. Mißhandelte flüchtige Deutsche aus jener Gegend treffen dauernd in Kattowitz ein. Das Plebiszitatskommissariat stellt nähere Ermittlungen an. Dem Kreisontrollor ist Meldung erstattet.

Kattowitz, 22. März. In dem Gebiet östlich und südlich der Stadt herrscht der polnische Terror unumschränkt. Bewaffnete polnische Abteilungen mit voller militärischer Ausrüstung passieren gestern die Grenze und besetzen eine Anzahl von Grenzorten. Die Ortschaften Wierenthal, Schoppitz, Janow und Nilschschacht sind völlig in ihrer Gewalt; die deutsche Einwohnerschaft flüchtet nach Kattowitz. In andern Grenzorten, so in Chorzow und Balnagow, sind halber Soldaten, die als Abstimmungsbeobachter herentragen, jetzt plötzlich in ihrer militärischen Uniform und mit Waffen versehen erschienen. Ueber alle diese Orte ist die polnische Republik ausgerufen worden. Auf der Arsch- und Kathauslären in Boguski und Gieschewald ist die polnische Reichslahne gehißt worden.

Gestern nachmittag kürzten polnische Bänder die Polizeibureau der Stadt Kattowitz und vernichteten das gesamte Aktenmaterial.

Der Berichterstatter des Vorwärts, der die Verhältnisse gestern nachmittag in verschiedenen Orten selber in Augenschein nehmen konnte, faßt die Lage mit den Worten zusammen: Die Hölle ist jetzt hier los.

Gleiwitz, 22. März. In der gesamten deutsch orientierten Arbeiterchaft herrscht eine kaum noch zu überbietende Erbitterung über die schändlichen Taten der Sokolbänder und der Polnische Polizei. Zu Hunderten wurden die Arbeiter mit Gummiknüppeln von den Arbeitsstätten vertrieben. Die Gewerkschaftsführer stehen auf dem Standpunkte, daß der Oberste Rat sofort die nötigen Anweisungen an die Doppelner Kommission ergehen lassen muß. Die Geduld der deutschen Gewerkschaften ist erschöpft. Die Arbeiter bleiben auf sich selbst gestellt, und es kann geschehen, daß unter der erzwungenen Lage ebenso Unschuldige leiden müssen, wie es durch den polnischen Terror geschieht.

Die Karpathen-Tragödie.

Die Zugen Major v. Deilus und der ehemalige Kommandeur des 3. Bataillons des 8. Garde-Infanterie-Regiments von Boos stellen dem Angeklagten das Zeugnis eines tüchtigen und schneidigen Offiziers aus. — Zeuge Dam, der in den Karpathen Krankenpfleger war, sagt aus, daß der Sanitätsunteroffizier Orst stets der Meinung gewesen sei, daß die Leute, die sich krank meldeten, imulierten. Als Hüller einmal Polken schlafend angetroffen hatte, hatte er einen der Soldaten durch eine Ohrfeige gewacht. — Zeuge Doll: Als Helmhake in den Arztreuenteil abgeführt wurde, hat Hüller einem Sergeanten

und einem Weizen den Befehl erteilt, Helmhats keine Verpflegung zu geben. — Paris: Hat Hiller stark getrunken? — Zeuge: Jawohl, er behielt Liebesgaben für sich. Auch der Leutnant Haberland behielt die Schokolade aus Liebesgabenpaketen für sich und ließ den Mannschaften nur die Krümel. — Zeuge: Erumreich sagt aus, daß er von Hiller geschlagen worden sei. Bei einem Angriff habe er gesehen, daß Hiller auf den Hüften Hühner so mit dem Gewehr einschlug, daß der Kolben abbrach.

Zeuge Unteroffizier Franke: Hiller bestrafte mehrfach. Ich muß mich jedoch gegen verschiedene Zeugenaussagen wenden. — Paris: Woher kennen Sie diese? — Zeuge: Aus der Presse. — Paris: Breitennachrichten stehen hier nicht zur Erörterung, es handelt sich hier um mündliche Verhandlungen. — Zeuge: Als Helmhats das letzte Mal angebunden war, konnte er wegen großer Schwäche nicht mehr aufrecht stehen. Ich habe gehört, daß Hiller nur gelacht hat, das Schwert bekommt nur Wasser und Brot. — Paris: Andre Zeugen sagen aus, Hiller habe angeordnet, daß Helmhats weder zu essen noch zu trinken bekommen soll. — Zeuge: Das ist wohl dasselbe. Das nahm niemand ernst.

Auf Befragen des Vorsitzenden, ob in der 4. Kompanie viel geschlagen wurde, antwortete der Zeuge weiter, daß sehr scharf eingeschlagen worden sei, was damals auch notwendig gewesen wäre. Zeuge Barnt: Als Helmhats aus dem Unterstand herausgeholt wurde, erhielt er von Hiller den Befehl, die Hände anzulegen. Helmhats antwortete, er könne es nicht. Ich weiß genau, daß ein Befehl vorhanden war, nach dem Helmhats nichts zu essen und zu trinken bekommen sollte. Ich habe verschiedene Male gesehen, daß Hiller Mannschaften geschlagen hat.

Es wurden noch eine Reihe Belastungs- und Entlastungszeugen vernommen, deren Aussagen sich jedoch im allgemeinen mit den bisherigen Zeugenaussagen decken.

Die Sachverständigen stehen sämtlich auf dem Standpunkt, daß durch die Mißhandlung, durch die Nahrungsentziehung und die Unterbringung in dem Erdloch der Tod Helmhats weder bestrafung noch verursacht worden sei. Der Tod sei auf eine Seuche, sehr wahrscheinlich Fleckfieber zurückzuführen.

Als letzter Zeuge wurde der Vater des verstorbenen Helmhats vernommen. Er schildert seinen Sohn als gutwilligen Menschen. Er war nicht schwächlich, sondern sehr widerstandsfähig und hehr. Er habe sich bei verschiedenen Regimentern freiwillig gemeldet, um ins Feld zu kommen. Als der 60jährige Mann sich über den seinem Sohn nachgelagten angeblichen Mordanschlag äußern wollte, wurde er vom Vorsitzenden unterbrochen, was den Zeugen in große Aufregung versetzte und zu der Bemerkung veranlaßte, daß es bedauerlich sei, daß er seinen toten Sohn nicht in Schutz nehmen dürfe. Der Vater beantragt die Verlesung zweier Briefe, die Hiller nach dem Tode Helmhats an ihn gerichtet hat. Der Verteidiger protestiert gegen die Verlesung der Briefe mit den Worten, daß er sich energisch dagegen verwahre, daß am letzten Tage gegen den Angeklagten Stimmung gemacht werden solle, weil man durch die vierstündige Verhandlung ein richtiges Bild des Angeklagten erhalten habe. (1)

Hierauf wurde die Verhandlung auf Freitag 9 Uhr vertagt.

Die Freiheit veröffentlicht die in der Verhandlung nicht verlesenen Briefe Hillers an Helmhats Vater. Der erste, in dem der Tod Helmhats angezeigt wird, lautet:

Brief vom 4. April 1915. Verehrter Herr Helmhats! Hierdurch erlaube ich die traurige Pflicht, Sie von dem plötzlichen Ableben Ihres Sohnes, des Gardebataillons Helmhats, in Kenntnis zu setzen. Der Arzt stellte blutigen Dünndarmkatarrh fest.

Wir verlieren in dem Dahingeklebten einen tüchtigen Soldaten und guten Kameraden, dessen Verlust wir schmerzlich betrauern. Seine Ueberreste ruhen auf dem Friedhof in Döhl.

In einem zweiten Brief Hillers auf ein Schreiben des Vaters heißt es a. a.:

Während seiner kurzen Krankheit ist Ihrem Sohne die bestmögliche Körperliche und ärztliche Pflege zuteil geworden.

Wir betrauern in dem Verstorbenen einen tüchtigen Soldaten und guten Kameraden. Hiller, Oberlt. u. Komp.-Führer.

Den Frauen zur Nachahmung empfohlen.

In Groh-Gera (Mei) haben am 13. März die Gemeinderatswahlen stattgefunden. Auf Antrag unserer Genossen wurde die Abstimmung für Männer und Frauen getrennt vorgenommen. Das Ergebnis ist folgendes:

	Männer	Frauen	Insgesamt
Wahlvorschlag der S. V. D.	1282	1149	2431
der U. S. V. D.	1729	1485	3214
der U. S. P. D.	8178	9882	18060
d. bürgerlichen Parteien	9117	11685	20802

Soweit Statistiken über getrennte Abstimmungen seit der Wahlberechtigung der Frauen vorliegen, ereignet es sich zum erstenmal, daß für eine der sozialistischen Parteien mehr Frauen als Männerstimmen abgegeben wurden und zwar für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Die Genossinnen von Groh-Gera dürfen mit Stolz diesen Erfolg buchen, einmal als Ergebnis ihrer tatkräftigen Mitarbeit in der Gemeinde, die ihnen das Vertrauen ihrer Klassen Genossen erworben hat, und zum andern für ihre unermüdete Klärungsarbeit unter den erwerbstätigen Frauen und Mädchen.

Freilich, zum Jubeln liegt noch keine Veranlassung vor, denn wenn die Liste der U.S.P. ein Mehr an Frauenstimmen gegenüber den Männerstimmen von 1704 auf sich vereinigten konnte, so haben die U.S.P. einen Mehr von 2508 Frauen gegenüber den Männerstimmen zu verzeichnen. Das soll uns allen weiterhin ein Impuls sein zu unermüdetem Hingabe an die Agitation unter den Frauen.

Königsmacher in Preußen und in Bayern.

Der Welt am Montag ist ein Bericht über eine Versammlung des Verbandes national gesinnter Soldaten zugegangen, die am 7. März in Berlin stattgefunden hat. Der bekannte Oberst Reinhardt sagte in einer Ansprache:

„In ersten Zeiten gesehnen sich ernste Worte. Wer mit offenen Augen durch die Straßen Berlins geht, wird an manchen sehr verfallenen Stellen Schilder finden mit der Aufschrift: 'Abwärtsweg' dieses oder jenen Truppenteils. — Wir wollen nicht abwärts bauen auf. (Anhaltender Beifall.) Wir wollen die alte Armee wieder haben.“ (Lofender Beifall.)

Oberst Reinhardt gab dann einen Rückblick über die Glanzzeiten der alten Armee und sagte weiter: „Nicht die Reichsbank hält das Deutsche Reich zusammen, sondern die Armee.“

Nachdem er verschiedene Beispiele von der Tapferkeit und Kameradschaftlichkeit in der alten preussischen Armee angeführt hatte, fuhr er fort: „Daß wir nationale Soldaten der Regierung den Rücken stärken wollen, um eng angelehnt an die Reichswehr gegen den äußeren Feind zu kämpfen. Wir wollen keine Parteien. Wir wollen die Einheit herstellen, aber auf der Grundlage nationalen Bodens. Wir wollen der Regierung den Rücken stärken, damit sie bei den jetzigen Verhandlungen in London ein 'Nein' sagen kann.“

Noch einige Worte an die Frauen. In den Händen der Frauen liegt die Erziehung des kommenden Geschlechts. Rache und Haß muß unsern Kindern aneignet werden. (Anhaltender Beifall.) Nach Bayern müssen wir schauen. Als das Gebot seinerzeit auf die Einführung eines Arbeitsdienstjahres kam, sagte ein sehr bekannter Mann, daß daran nicht gedacht werden dürfe. Man sei erst vor ganz kurzer Zeit der Zwangsjacke der allgemeinen Dienstpflicht entronnen und verspüre nur keine Lust, in eine neue Zwangsjacke hineinzutreten. Ich glaube, dieser Mann wird sich erst nach der alten Dienstpflicht sehnen, wenn erst Senegambier sich

in seiner mit königlichen Möbeln eingerichteten Wohnung in Kassel breitmacht. (Beifall.) Wir müssen die Kräfte haben, den Vertrag von Versailles in Fetzen zu zerreißen.“ (Anhaltender Beifall.) Aus der Versammlung: Herr Oberst Reinhardt und seinem 4. Regiment ein dreifaches Hurra!

Sodann berichtete ein Major v. d. L.: Am vorigen Montag war er im „Nationalen Klub“, eine geschlossene Gesellschaft in der Sommerstraße 8, in welchem Herr Escherich sprach. Escherich sagte aus: „Ich hole mir meinen König wieder und ihr Preußen müßt euch eure Hohenzollern wiederholen.“

Den Schluß der Versammlung machten je ein dreifaches Hoch für Escherich und für den Kaiser und seine Familie.“

Daß die Wiedererrichtung der Monarchie das besondere Ziel des „nationalgesinnten Soldaten“ ist, darauf deuteten auch schon die einleitenden Worte des Vorsitzenden hin, der meinte, daß ebenso wie der Große Kurfürst mit einem Stecken aus Holland gekommen sei, in Zukunft auch für uns ein Mann aus Holland kommen werde, der uns wieder den alten Zeiten, der Glanzzeit der preussischen Armee zuführen wird.“ Auch die Tatsache, daß in der Versammlung ein Vortrag über das sicher ebenso dankbare wie interessante Thema „Kronprinz Wilhelm und seine Taten“ angekündigt wurde, läßt nicht darauf schließen, daß diese „nationalgesinnten Soldaten“ sich besonders eng mit der Republik verwaschen fühlen. Der Verband der nationalgesinnten Soldaten hat schon während des Kapp-Putsch die Kapitulanten Hilfe geleistet. Es muß deshalb dieser monarchistischen Verschwörerorganisation besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die Wiederaufbaukonferenz der C. G. T.

Paris, 22. März. Die vom Allgemeinen Arbeiterverband (C.G.T.) einberufene Konferenz hat gestern nachmittag ihre Arbeiten fortgesetzt. Zu Beginn der Sitzung wurde ein schriftlicher Bericht der C.G.T. verteilt, in dem gesagt wird: Welche Lösung man auch der Frage des Wiederaufbaues geben wolle, ob Reparationen durch Deutschland oder internationale Finanzhilfe, so sei es unerlässlich, einen Wiederaufbau-Organismus zu schaffen, dem man alle technischen Hilfsmittel zur Verfügung stelle, um einen bis jetzt nicht bestehenden Gesamtplan auszuführen.

Zu u h a u z erklärte im Laufe der Debatte, die augenblickliche Lage könne nicht andauern, weder national noch international. Man müsse das Wiederaufbauproblem in Angriff nehmen, obwar es schwierig sei. Seit dem Waffenstillstand sei außerhalb der Anstrengungen von Privatpersonen nicht viel für den Wiederaufbau geschehen. Die geschaffenen Organisationen hätten sich durch ihre Zusammenjagung und ihre Verbindung mit den politischen Interessen als nicht fähig erwiesen, eine praktische Lösung herbeizuführen. Deshalb habe der Allgemeine Arbeiterverband sich entschieden, eine Unternehmung zu veranstalten und hierzu die Hilfe der Geschädigten selbst anzurufen. Es hänge nunmehr von der gegenwärtigen Versammlung ab, ob das verwirklichte Gebiet bald wieder zu neuem Leben erweckt werden könne.

Auch der Abgeordnete Lebas erklärte, die Wiederaufbauforderung hänge von der Mitarbeit anderer Völker, hauptsächlich aber von der Hilfe des deutschen Volkes ab. — Schließlich wurde ein Organisationsauschuß eingesetzt, dessen Aufgabe darin besteht, baldigst praktische Vorschläge zu machen. Der Ausschuss besteht aus Vertretern der einzelnen Departements; er setzt sich aus 17 Personen zusammen.

Am Abend wurde dann einstimmig eine Entschließung angenommen, die erklärt: Die am 21. März in Paris versammelten Geschädigten beklagen sich zu dem Interesse, das der Allgemeine Arbeiterverband ihnen entgegengebracht hat, und nehmen mit Befriedigung von den Erklärungen der C.G.T. einerseits und den Erklärungen der Geschädigten andererseits Kenntnis und erklären, das heute begonnene Werk fortsetzen zu wollen. Sie entscheiden sich deshalb dafür, daß am 24. April in Paris ein allgemeiner Kongress der Geschädigten veranstaltet wird, der in praktischer und methodischer Form ein Wiederaufbauprogramm festlegen soll. Hierauf wurde die Verhandlung geschlossen.

Die Reparationsbill.

London, 22. März. Es heißt sich, daß das in England angenommene Reparationsgesetz sich nicht auf deutsche Waren erstreckt, die vor dem 15. April in England eingeführt worden sind, falls der Kaufvertrag noch nachweislich vor dem 8. März abgeschlossen worden ist.

London, 22. März. Es verlautet, daß die Regierung der Südafrikanischen Union sich den Maßnahmen der englischen Regierung zur Einkassierung der Reparationsabgaben nicht anschließen will.

Vom italienischen Bürgerkrieg.

Mailand, 22. März. (W.F.) In dem benachbarten Greco Milanese wurde ein Bombenanschlag auf den Sitz der Faschisten verübt. Es gab zwei Verwundete. Der Täter wurde verhaftet. Die Polizei nahm darauf eine Durchsuchung am Versammlungsort der Kommunisten vor und verhaftete 14 Personen. Bei einer Durchsuchung des kommunistischen Bureaus in Mailand wurden 20 Personen verhaftet. Als die Faschisten nach einer partiotischen Kundgebung in Mailand nach Greco Milanese zurückkehrten, kam es zu einem Zusammenstoß mit einigen Sozialisten, bei dem zwei Personen getötet und mehrere verletzt wurden. Später drangen Faschisten in das Gebäude der Sozialisten an der Porta Garibaldi ein, zerstörten die Möbel und nahmen die rote Fahne mit. Ein Sozialist wurde getötet, mehrere verwundet, darunter verschiedene schwer. Der Sitz der Sozialistischen Liga wurde zerstört.

Canosa, 22. März. (W.F.) Bei einem Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Faschisten wurden zahlreiche Personen verwundet, darunter mehrere schwer. Das Bureau der Sozialistischen Liga wurde zerstört.

Neue Kämpfe in Irland.

London, 22. März. (U.) Außer der Schlacht, die am Sonntagabend bei Bandoos in der Grafschaft Cork stattfand, werden noch zwei andere Zusammenstöße gemeldet. Die britischen Truppen verloren dabei 11 Tote und 13 Verwundete; ein Soldat wird vermisst. Die Sinnfeiner verloren 12 Tote, 7 Verwundete und 6 Gefangene.

Nach einer Reuter-Meldung aus Dublin sind in Meadue (Grafschaft Roscommon) durch Sinnfeiner zwei Polizisten getötet und einer verwundet worden. In einer Ortschaft der Grafschaft Fermanagh haben Sinnfeiner zwei Anhänger der Regierung getötet, drei Häuser eingeschert und mehrere andre zerstört.

Geheime Zusatzträge zum Rigaer Frieden

O. E. Warschau, 22. März. Die polnische Presse bestätigt aus eigenen Informationen die Meldung über den Abschluß von geheimen Zusatzträgen zum polnisch-russischen Friedensvertrag. Der Dombold naheheftende Kurzer Voranricht, daß vor der Unterzeichnung des Friedensvertrags drei geheime Verträge unterzeichnet worden seien. Der eine betrifft die Rückabtretung der Provinz, die von polnischen gemeinnützigen Anstalten in der Zeit in Russland demontiert worden waren, der zweite die Verrechnung für das an Russland überlassene rollende Material, der dritte die Frage des Transits durch polnisches Gebiet nach Russland und nach der Ukraine. Das Blatt will wissen, daß die Verrechnung für das Eisenbahnmateriale auf die Weise erfolgen solle, daß Russland eine aus Wertpapieren und Wertgegenständen bestehende Kautions für die Bezahlung der 20 Millionen Goldrubel betragenden Entschädigung deponiere. Die Kautions dürfe im Falle des Verzugs von

Rosen veräußert werden. Durch den Zusatzvertrag über den Transitverkehr soll Polen ungeachtet des ihm in Artikel 21 des Friedensvertrags zugestandenen Rechts, den Transit von deutschen und österreichischen Waren nach Russland nach eigenem Ermessen zu regeln, die bestimmte Verpflichtung übernommen haben; den Transit einer Reihe von Warenkategorien deutschen Ursprungs nach Russland zu gestatten.

England und Persien.

London, 22. März. Im englischen Unterhause wurde in Erwiderung auf eine Anfrage von der Regierung mitgeteilt, der englisch-persische Vertrag sei nicht gekündigt worden. Nach den letzten Nachrichten aus Teheran indessen beabsichtige die neue persische Regierung nicht, den Vertrag dem gegenwärtigen Parlament vorzulegen. In diesem Falle würde man ihn als aufgehoben ansehen müssen.

Deutschland.

Die Oberbacher Entführungssache vor Gericht.

Moskau, 22. März. Heute abend wurde in der Oberbacher Entführungssache das Urteil gefällt. Es lautet gegen den amerikanischen Kriminalbeamten Kael wegen Amtsanmaßung, verurteilt Kaelung und fahrlässiger Körperverletzung auf 15 Monate Gefängnis, gegen den ehemaligen Polizeibeamten Zimmermann auf sechs Monate und gegen ihre deutschen Helfermeister wegen Beihilfe zur Amtsanmaßung auf fünf bis 11 Monate Gefängnis.

Auflösung der Reichshartoffstelle.

Da die öffentliche Beteiligung der Kartoffeln bereits seit August 1920 aufgehoben und eine Wiederholung des Systems der Kartoffelsteuerungsverträge nicht beabsichtigt ist, hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft für den 1. Juli 1921 die Auflösung der Reichshartoffstelle und das Aufheben der Hartoffstellen einer Reihe auf dem Gebiete der Kartoffelsteuerung noch in Geltung befindlicher Verordnungen bestimmt. Vom Beginn der Hartoffstellenperiode an wird der Verkehr mit Kartoffeln im Inlande von jeder reichsrechtlichen Regelung frei sein. Die Ein- und Ausfuhr von Kartoffeln über die Grenzen des Deutschen Reiches muß dagegen weiterhin von der Erstellung besonderer Bewilligungen abhängig bleiben. Gleichzeitig ist auch die Bewirtschaftung der Kartoffeltröden- und Kartoffelstärke-Erzeugnisse mit Wirkung vom 20. März 1921 ab aufgehoben worden.

Wohnneubau.

Aus dem Reichsarbeitsministerium wird geschrieben: Nach neueren Angaben der Länder, die allerdings noch nicht ganz vollständig sind, ist die Zahl der seit Kriegsende bewohnten und fertiggestellten Wohnungen (Dauer-, Behelfs- und Notwohnungen) größer, als bisher geschätzt wurde. Danach ist etwa mit folgenden Zahlen zu rechnen: 1. In Angriff genommen sind rund 210 000 Wohnungen, davon rund 80 000 Not- und Behelfswohnungen. Von diesen Wohnungen entfallen auf Orte über 10 000 Einwohner etwa 35 Prozent, auf Orte von 20 bis 10 000 Einwohner etwa 19 Prozent, auf Orte von 2 bis 10 000 Einwohner 28 Prozent, auf Orte unter 2000 Einwohner 18 Prozent. 2. Fertiggestellt waren am 1. Oktober 1921 rund 150 000 Wohnungen. Diese Zahl dürfte sich bis zum 31. Dezember 1921 um rund 150 000 vermehren. So daß etwa mit 165 000 vollendeten Wohnungen gerechnet werden kann. Die oben angeführten Zahlen müssen einmündlich unter Vorbehalt gesehen werden. Endgültige Angaben sind erst nach Eingang sämtlicher Unterlagen möglich.

Verurteilung betrügerischer Eisenbahnbeamter. Vor dem Duisburger Schwurgericht hatten sich dreizehn Eisenbahnbeamte und Eisenbahnangestellte des Duisburger Hauptbahnhofs wegen Fahrkarten-Schwindelens zu verantworten. Der Hauptangeklagte, der Eisenbahnunterassistent Kauff, erhielt 4 Jahre Zuchthaus, 10 Angeklagte Gefängnisstrafen zwischen einem Jahr und drei Jahren. Ein Angeklagter erhielt 6 Monate Gefängnis, ein anderer wurde freigesprochen, bei sieben Angeklagten wurde auf 3 Jahre Ehrverlust erkannt. Die verurteilten Beträge beliefen sich nach der Schätzung eines Sachverständigen auf 2 Millionen M.

Kleine Auslandsnachrichten.

Polnische Soldaten in Litauen.

Die litauische Telegraphen-Agentur meldet: In der Nacht vom 17. zum 18. März kam eine Kompanie polnischer Truppen nach dem Gut Paschewitz. Etwa 30 Soldaten der Kompanie übergriffen die Demarkationslinie, drangen in das litauische Schloß ein und plünderten einige Geschäfte aus. Von litauischer Seite wurde zur Unterdrückung des Vorfalls eine Patrouille entsandt, von der drei Mann durch die Polen gefangen genommen und bestialisch niedergemetzelt wurden. Nach dieser Tat begab sich die polnische Abteilung wieder auf polnisches Gebiet. Die litauische Regierung wird härtesten Einspruch gegen solche gesetzwidrige Handlung erheben.

Die Kämpfe in Marokko.

Savos meldet: Der Vormarsch der von Mual kommenden Abteilungen fand in schwierigem Gelände unter äußerst ungunstigen Verhältnissen statt. Die Abteilung wurde unterwegs angegriffen und mußte bis Anbruch der Nacht kämpfen. Die feindlichen Verluste sind noch schwerer als bei dem Geschehen vom 16. März. Bei den Kämpfen verlor die Truppe 11 Tote und 25 Verwundete, darunter zwei Offiziere.

Einberufung des amerikanischen Kongresses. Präsident Harding hat den Kongress zum 1. April zu einer außerordentlichen Session einberufen.

Ein englisch-russischer Kohlenlieferungsvertrag. Den Daily News zufolge wurde in London der erste Kohlenlieferungsvertrag mit Russland unterzeichnet. Danach liefert England 18 1/2 Millionen Rubel Kohle (annähernd 800 000 Tonnen) für die Bedürfnisse der russischen Industrie.

Von Nah und Fern.

Wieder ein verbrecherischer Anschlag auf einen D-Zug.

Halle a. d. S., 23. März. Ein verbrecherischer Anschlag ähnlich dem kürzlich bei Ammendorf durch Vorkriegs-Geisse verübten Attentat ist gestern abend wieder in nächster Nähe von Halle begangen worden. Zwischen Dieskau und Gröbers hatten Verbrecher die Eisenbahnstrecke gesperrt. Als der 10 Uhr 38 Min. von Halle abgefahrene D-Zug 151 um 10 Uhr 45 Min. die betreffende Stelle erreichte, entgleisten infolgedessen drei Personenzüge, der Postwagen und die Maschine. Ein Postbeamter, der Lokomotivführer und zwei Reisende wurden verletzt. Sofort, nachdem sich das Unglück ereignete, ging ein Hilfszug mit Aerzten an die Unfallstelle ab und gleich darauf ein zweiter mit Kriminalbeamten und Spitzhunden.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Heinrich Flehner in Leipzig.

Verantwortlich für den Schriftverkehr:

Friedrich Müller, Vorkriegs-Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei-Verlagsanstalt Leipzig

Jede Dame liebt
soßes Jugendfrisch. An alle u. blendend schön. Teint. Alles dies erzeugt. **Seife**
Fleckenpferd-**Seife**
die beste Lillienmilchseife von Bergmann & Co., Radobul.

Diese Nummer umschließt 12 Seiten.

Frühjahrs- und Sommer- Neuheiten

Herrn-Anzüge
nur gute Qualitäten in modern-
sten Formen m. 790.- 690.- 590.- 490.- **375⁰⁰**

Jünglings-Anzüge
schöne Formen in feinen Mustern m. 650.- 550.- 450.- 425.- **350⁰⁰**

**Elegante Schläpfer
und Covercoats**

Maß-Anzüge . . .
Homespun-, Rammg.- u. Cheviot-
Stoffe. Die neuesten, modernsten
Muster. Gute Cutaten in feiner
Verarbeitung **850⁰⁰**
m. 1350.- 1250.- 1150.- 1050.- 950.-

**Gebrüder
Rockmann**
Leipzig-Reudn., Dresdner Str. 75

**Thalysia-
Flechschuhwerk**
für den Sommer.



Angenehmste, hygienisch voll-
kommenste Fußbekleidung,
dornehmstes Aussehen.

Thalysia

Paul Garmis & Co. m. b. H.
Neumarkt 40, Kochstr. 122
und Niederlagen.

Spottbillig
Getragene und neue

**Anzüge
und Hosen**

nur prima Qualitäten und
feinste Schneider-Arbeit
auch Herren-, Damen- und
Kinderschuhe kaufen Sie wie
altbekannt beim billigen

**Kanner
Eisenbahnstr. 5**
Leben.

Billig
kaufen Sie

**Röcke
und
Blusen**

moderne Form., gute Stoffe
P. Schmitz Nachf.
Nikolaistrasse 3
36 Specks Hof-Passage, Lebn 36

Billigste Be-
zugsquelle in
Schuhwaren
Herren-Stiefel 155, 125, 95 M.
Damen-Stiefel 175, 125, 95 M.
Damen-Schuhe 95, 85, 75 M.
Dam.-Sp.-Schuhe 125, 95, 75 M.
Burlachen-Stiefel 125, 95, 85 M.
Kinder-Stiefel 85, 85, 75 M.
Weiße Leinen-Schuhe 55, 45 M.
Turnschuhe, Babusch., Sandalen,
farbige Schuhwaren billig.
Lehmann
Dresdner
Straße 69.

Restposten
Zigarren, 60, 70, 80 Btg.
in prima Qualität
A. Liebig
Richtstraße 83
a. d. Eisenbahnstr.

**Zum Karfreitag
Maffentverkauf
blutfrischer
Seefische**



ohne Kopf
Btd. von **150 M.** an
ff. grüne Heringe

**Hamburger
Fischhalle**
L.-Lind., Odermannstr. 2.

Ohne Geld
nur durch monatlich. Miete
ge- anken Sie in d. Besitz v.
Beleuchtungs-Körper
Gaskocher, -Herde usw.
Leipziger Beleuchtungs-Zentrale
Nikolaistraße 25. J.

Trawringe massiv Gold
Gustav Kaniss
Tauchaer Str. 6. J.

Pilo

der hervorragende Schuhputz

in der allbewährten Qualität
jetzt wieder überall erhältlich.

Hersteller:
**Adolf Krebs
Mannheim**

Verlangen Sie überall **Pilo-Extra**
(friedensmäßig hergestellt)

Vertreter: **Emil Gathmann, Leipzig, Grimmischer Steinweg 8**

Gardinen
Herrenwäsche
konkurrenzlos billig.
Willy Prägas, Hansa-Haus Grimmische Str. 13
Passage.

Herren-Konfektion

Frühjahrs-Paletots

besonders preiswerte Sport-Fassons, abgesteppt, mit aufgesetzten Taschen
450.-

Moderne Sport-Paletots
aus bestem Covercoat
650.-

Gummi-Mäntel
aus prima gummiertem Gabardine
600.- 450.- 395.-

Herren-Anzüge
moderne Formen, aus guten strapazierfähigen Stoffen
825.- 700.- 650.- 590.-

Moderne Sport-Anzüge
mit Riegel, Falten, Umschlaghose aus hellem Homespun-Stoff
875.-

Burschen-Anzüge
Glatte Jackett- und Sportformen in schönen modernen Mustern
420.- 400.- 350.-

Bozener Mäntel aus prima Loden
in grau und grün **500.- 190.-**
Pelerinen
355.- 280.- 190.- 160.-

Knaben-Anzüge
in blauen, melierten und Homespunstoffen, flotte Sportformen, hochgeschlossen,
und doppelreihige Jackettformen
290.- 265.- 215.- 180.- 130.- 50.-

Herren-Hosen
schöne Streifen und glatte Muster in allen Preislagen von **46.-** an

Ganz besonders
weisen wir noch auf unsere Maßabteilungen hin!

**Konsumverein
Leipzig-Plagwitz
und Umg.**

E. G. m. b. H.

L.-Lindenu
Karl-Heino-Straße 46

L.-Reudnitz
Dresdner Straße 55



Stadt-Restaurant

Inh. Otto Schmidt & Sohn
Reichs-Str. 21
Fernruf-11170

Feinster preiswerter
**Mittags- und
Abendstich**
(Prima-Qualität)

Gebd: Suppe nach Wahl, 1 Fleischgang, Butter-
brot und Käse M. **6.50**
Gebd: Suppe nach Wahl, 2 Gänge, Süßspeise
M. **12.50**

Speisen nach der Karte von **4.50** an

Biere: Hell u. dunkel, Thomasbräu, München
Tägl. ab 6 Uhr: Die gr. Günther-Coblenz-Konzerte

Konsum-Verein Leipzig-Plagwitz und Umg.
E. G. m. b. H.

Für das Fest empfehlen wir unseren Mitgliedern unser
Weinlager in nur ausgewählt guten Sorten:

Weißweine

Hackenhelmer 28.50 — Wollensteiner Brauneberg 28.50
Schloß Böckelhelmer 31.20 — Trarbacher 31.20 —
Winzenhelmer 22.50 — Alsholmer 22.50 — Türkelhelmer
22.50 Mk.

Rotweine

Blutwein: Esparanza 27.50 — Grand vin rouge Le
Cardinal 27.50 — Tarragona herb 19.20 — Montagne
d'Alsace 24.- Mk.

Diverse

Frankfurter Apfelwein 4.50 — Wermutfruchttrank 4.50
Wermut Cordello 24.00 — Johannisbeerfruchttrank 9.00
Erdbeerfruchttrank 9.00 — Himbeersyrup mit Zucker,
ca. 1 Pfd. Inhalt, 8.00 — Feinster Maitrank 9.00 Mk.

**Branntweine
und Liköre . . .**

Kornbranntwein 26.00 — Kräuterbitter 24.00 — Ham-
burger Bitter 20.00 — Roßbacher Magenbitter 22.00
Aromatique 25.00 — Ingwer 22.00 — Pfefferminze 21.00
Kümmel 21.00 — Jamaika-Rum-Verschnitt I 30.00
Jamaika-Rum-Verschnitt II 25.00 — Arrac-Verschnitt
31.50 — Weinbrand 1/2 Flasche 60.00 — Kognak-Verschnitt
28.50 Mk.
Hochfeiner Goldbranntwein aus der eigenen
Brennerei **18.00** — Rosenlikör 16.00 — Magenlikör
17.00 — Klosterlikör (Benediktiner) 18.00 — Kakao-
likör 16.00 Mk.

Alle Preise verstehen sich einschließlich Glas und Steuer.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 23. März.

Parteiangelegenheiten.

Landeskongress der USP.-Gemeindevertreter Sachsens.

Die Landeskongress der USP.-Gemeindevertreter Sachsens findet am

Dienstag, dem 29. März (dritter Osterfeiertag), vormittags 10 Uhr,

in Dresden, Volkshaus, statt.

Tagesordnung: 1. Die Reform der Gemeindeverwaltung und Gemeindevorwaltung. 2. Aussprache. 3. Allgemeines.

Den gewählten Delegierten ist von den Kreisvorständen ein Mandat auszustellen.

Der Landesvorstand der USP. Sachsens.

Funktionäre USP. Groß-Leipzig.

Donnerstag, den 24. März, abends 7 Uhr, Funktionärversammlung im Gesellschaftssaal des Volkshauses. Tagesordnung: Bericht von der Landeskongress in Berlin. Volljährig erkläre.

Parteileitung. Donnerstag, den 24. März, nachmittags 5 Uhr, im Volkshaus.

Neustadt-Neuschönefeld. Die angelegte Funktionärprüfung findet, morgen Donnerstag, nicht statt.

Unterbezirk Markranstädt. Freitag, den 25. März, nachmittags 5 Uhr, Sitzung in der Turnhalle.

Was können die Erwerbslosen von den Stadtverordneten erwarten?

Der Erwerbsloserrat von Leipzig hat an das Stadtverordnetenkollegium einen Antrag gestellt, der vermutlich in der heutigen Sitzung behandelt wird. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Dringlichkeitsantrag der Erwerbslosen Leipzigs!

Wir beantragen, nachdem Reich und Staat für die Not der Erwerbslosen kein Verständnis haben, den Erwerbslosen aus städtischen Mitteln eine einmalige Beihilfe in Höhe von 600 Mk. für Verheiratete und 400 Mk. für Ledige zur Auszahlung gelangen zu lassen. Des Weiteren beantragen wir, daß die Unterstützungssätze denen der Notstandsbezirke gleichgestellt werden und die Auszahlung derselben aus städtischen Mitteln erfolgt.

Ueber die entsehlige Notlage der Erwerbslosen braucht in diesem Zusammenhang kein Wort gesagt zu werden. Die Erwerbslosenunterstützung ist unzureichend, die Arbeitslosen müssen mit ihren Familien hungern, sie können nicht einmal die notwendigen Lebensmittel kaufen. Mit Unterernährung und daraus folgender Krankheit und Siechtum und frühzeitigem Tod straft die Gesellschaft die unglücklichen Opfer der kapitalistischen Wirtschaftspolitik. Die Gesellschaft hat die Pflicht, für die Erwerbslosen so zu sorgen, daß ihr Existenzminimum gesichert ist, das ist nicht nur für jeden Sozialisten selbstverständlich, es müßte auch für jeden Bürgerlichen, der sich noch einen Funken soziales Verständnis bewahrt hat, eine Selbstverständlichkeit sein. Leider ist das aber nicht so, wie sich aus dem Verhalten der bürgerlichen Reichsregierung ergibt, die bisher nicht daran gedacht hat, die Erwerbslosenunterstützung zeitgemäß zu erhöhen. Das sächsische Arbeitsministerium hat wiederholt, zuletzt durch den unabhängigen Arbeitsminister Jäckel am 7. Januar 1921, die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf 15 Mk. für die Ortsklasse A mit entsprechender Steigerung der übrigen Sätze beantragt. Die Reichsregierung hat aber diese Forderungen bis heute noch nicht erfüllt.

Das Vorgehen des sächsischen Arbeitsministers wurde unterstützt durch die Anträge des Landeserwerbsloserrates, die im Landtage am 11. Januar behandelt und dem Haushaltsauschuß 13 überwiesen wurden, der am 21. Januar im Landtage Bericht erstattete. Der Ausschuß stellte eine Anzahl Anträge auf Erhöhung der Unterstützung, die der Landtag mit großer Mehrheit annahm. Die Verhandlungen mit der Reichsregierung haben sich aber außerordentlich verzögert. Nach einer Besprechung in Berlin kam die Reichsregierung schließlich so weit, eine Anzahl sächsischer Bezirke (Mauen, Auerbach, Delitzsch, Annaberg, Limbach und Burgstädt) als besondere Notstandsgebiete anzuerkennen, für die

es erhöhte Unterstützungssätze, und zwar in den Ortsklassen A 12 Mk. und B 10,50, C 9,50 und in D 8 Mk. Gewilligte, wobei noch die Einschränkung getroffen wurde, daß die Unterstützungssätze mit Familien- und Kinderzulagen nicht mehr als 30 Mk. täglich betragen dürfen. Da nur die erwähnten Bezirke als Notstandsbezirke anerkannt sind, kommen den übrigen Arbeitslosen Sachsens nicht einmal die gering erhöhten Unterstützungssätze zugute.

Die Festsetzung der Notstandsbezirke ist eine Folge der Anträge, die die sächsische Regierung und der Landtag an die Reichsregierung gerichtet haben. Aber die sächsische Regierung und der sächsische Landtag waren nicht gewillt, sich mit den geringen Zugeständnissen der Reichsregierung zu begnügen. Da von der Reichsregierung keinerlei Entscheidung über die weitergehenden Anträge getroffen wurde, verzögerte sich die Beratung der Arbeitslosenunterstützung ganz außerordentlich. Schließlich legte der Ausschuß seinen Bericht vor, der in einer Anzahl Anträge an die Reichsregierung die beschleunigte Erledigung der beantragten Unterstützungserhöhung verlangte. Der Ausschußbericht stand am 18. März im Landtage zur Beratung. Die Anträge konnten aber nicht erledigt werden, weil durch die Krankheit einiger Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und durch die Abreise von zwei Landtagsabgeordneten der Linken zur Abstimmung nach Oberschlesien keine Mehrheit für die Anträge zustande gekommen wäre. Deshalb wird erst nach den Osterferien des Landtages über die Anträge des Ausschusses abgestimmt. In den Anträgen wird die sächsische Regierung ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß für Sachsen die Genehmigung erteilt wird, aus eigenen Mitteln für die Erwerbslosen die beantragte Beihilfe zu gewähren. Ob freilich die Reichsregierung diese Genehmigung erteilt, steht noch nicht fest. So stehen augenblicklich die Dinge.

Nun verlangt der Erwerbsloserrat von Leipzig, die Stadt soll die Beihilfen aus eigenen Mitteln auszahlen. Die Berechtigung der Forderung, daß den Arbeitslosen geholfen wird, gleichviel aus welchen Mitteln, muß ohne weiteres anerkannt werden! Selbst wenn die Stadt mehrere Millionen Mark aus ihren Mitteln für diese Beihilfen aufwenden muß, darf das kein Grund sein, die Beihilfen zu verweigern. Aber diese grundsätzliche Anerkennung der Forderungen besagt noch nicht, daß die Stadtverordneten in der Lage wären, den Arbeitslosen diese Beihilfen auch tatsächlich zu verschaffen.

Zur Bewilligung von Ausgaben der Stadt gehört nicht nur die Zustimmung der Stadtverordneten, sondern auch die des Rates. Die Auszahlung der Beihilfen könnte also nur erfolgen, wenn Stadtverordnete und Rat übereinstimmende Beschlüsse fassen. Ob aber der Rat einem solchen Beschluß der Stadtverordneten beitreten würde, ist noch eine andere Frage. Wenn also in den Kreisen der Arbeitslosen die Hoffnung geweckt worden ist, daß die Stadtverordneten heute abend beschließen und daß dann noch vor Ostern die Auszahlung der Beihilfen erfolgen könne, so dürfte sich diese Hoffnung kaum erfüllen.

Als ein weiteres Hindernis der sofortigen Verwirklichung dieses Antrages ist die beantragte schematische Regelung von 400- und 600-Mark-Beihilfen, bei der keine Rücksicht auf die Dauer der Erwerbslosigkeit genommen ist. Nach dem Antrag müßte also ein Verheirateter, der eine Woche arbeitslos ist, 600 Mk. bekommen, während ein Verheirateter, der bereits ein Jahr arbeitslos ist, ebenfalls nur 600 Mk. erhalten könnte. Eine solche Regelung ist glatt unmöglich. Deshalb müßte der Antrag ergänzt und zu diesem Zwecke in einem Ausschuß vorberaten werden.

Weiter steht der sofortigen Verwirklichung dieses Antrages die Bestimmung der Reichsverordnung über die Arbeitslosenunterstützung entgegen, in der gesagt ist, daß den Ländern und Gemeinden, die die gesetzlich festgelegten Unterstützungssätze überschreiten, der Reichsanteil entzogen werden kann. Wenn also die Stadt ohne Genehmigung der Reichsregierung die Beihilfen auszahlen würde, so besteht die Gefahr, daß das Reich der Stadt den Reichsanteil entzieht (das ist die Hälfte der Unterstützungssätze). Dadurch würden die Erwerbslosen für die Dauer mehr geschädigt als ihnen geholfen würde durch die augenblickliche Auszahlung einer Unterstützung. Noch im Februar hat der Reichsarbeitsminister der sächsischen Regierung geschrieben, daß er unbedingt darauf halten müsse, daß die Erwerbslosensfürsorge ausnahmslos auf das gesetzlich zulässige Maß beschränkt werde.

Die Hindernisse gegen die Beihilfen für die Erwerbslosen liegen also bei der Reichsregierung. Den Widerstand der

Reichsregierung kann auch das Stadtparlament in Leipzig nicht brechen. Trotzdem ist es nicht, daß die Forderungen der Erwerbslosen auch im Stadtparlament mit Nachdruck vertreten werden, um dadurch einen Druck auf die Reichsregierung auszuüben, damit endlich die Erwerbslosenunterstützung zeitgemäß erhöht wird.

Eine Explosion im Landgerichtsgebäude, Eisenstraße.

Im Bedürfnisraum des Landgerichts ereignete sich heute 1/11 Uhr vormittags eine gewaltige Explosion, die die Decke des Raumes zertrümmerte und eine Öffnung von 2 Meter Länge und 1 Meter Breite in den über dem Raum gelegenen Treppenhof schlug. Der Luftdruck zertrümmerte zahlreiche Fenstererker und zerstörte die umliegenden Türen, so daß die ganze Vorderseite des Gebäudes mit Glassplittern und Holztrümmern bedeckt ist. Das ganze Gebäude ist mit Qualm und Staub erfüllt. Die Verhandlungen, die kurze Zeit unterbrochen waren, sind wieder aufgenommen, Menschen wurden nicht verletzt. Zwei junge Menschen, die sich auf den Stufen zu dem Gange befanden, von dem aus man den Taktort betritt, kamen mit den Schreden davon. Vor dem Hause staut sich eine gewaltige Menschenmenge. Die Ursache der Explosion ist noch unbekannt. 1/12 Uhr begann die Feuerwehr mit den Aufräumarbeiten.

Das Elend der hinterreichen Arbeiterfamilien.

Wie sehr die Nahrungsmittelsteuerung — auch die letzte Mißpreisverhöhung — die Not in den hinterreichen Familien vergrößert, schildert uns ein Vater von 9 unerwachsenen Kindern. Er schreibt: Kinderreiche arme Familien können in der letzten Zeit ohne Beihilfe nicht leben. Gerade die nötigsten Lebensmittel werden immer teurer, so daß ich allein für Milch ab 7. März 17,80 Mk. wöchentlich mehr ausgeben muß. Als Vater von 9 unerwachsenen Kindern, das älteste kommt aus der Schule und erfordert eine Ausgabe von 450 Mk., habe ich keinen Strumpf mehr zum Anziehen. Stiefel und Schuhe sind total herunter. Socken kann ich mir nicht mehr kaufen. Infolge von Breitenschulden muß ich 15 Zentner, welche mir noch zustehen, verkaufen lassen. Für Gas hatte ich ab 1. 9. 20 bis 4. 1. 21 320 Mk. zu zahlen, welches mir am 3. 1. 21 geperrt wurde. Am 4. 3. sorgte ich mir 300 Mk. und bezahlte die Gasrechnung. Außerdem habe ich noch Lebensmittelschulden von 200 Mk. Obendrein habe ich nichts mehr anzuleihen, ja ich habe nicht mal zur Arbeit die erforderlichen Kleider. Seit Weihnachten ist es ganz aus, und ich kann meine Familie unter den jetzigen Verhältnissen nicht mehr ernähren. Das letzte Stück, was irgend, wenn auch schwer, entbehrlich war, ist ins Bekleidungsdepot gewandert und harret dort dem Verkauf. Seit Weihnachten habe ich in jeder Woche zwei halbe Tage Ausfall an Lohn. Außerdem gingen die Feiertage ab. Meine Frau ist kränzlich und sehr blutarm; sie erhält für den Tag einen halben Liter Milch; ein Sohn ist seit einem Jahr lungenleidend und erhält einen halben Liter Milch; zusammen mit der Säuglingsmilch kostet die Milch seit dem 7. März 44,20 Mk. Und wie ist es mit Kartoffeln! Wer Geld hatte, konnte sich einkaufen; er zahlte 30 Mk. im Herbst für den Zentner. Wir Armen bezahlen jetzt 60 Mk. So kann es nicht mehr weitergehen. Die wöchentlichen Ausgaben betragen:

Table with 2 columns: Item and Amount. Items include Milk (44.20), Coal (28), Rent (18.70), Gas (20), Tram (12), Coal for heating (9), Food for children (8), and Club/Press/Party (7.50). Total: 147.50. Below it: Der Verdienst seit Weihnachten betrug im Durchschnitt 220.- Mk., davon gingen ab für Brot 46.42, Sonstige kleinere Ausgaben 10.-, Total: 204.22

Es bleiben also ganze 16 Mark für Mittagessen und Abendbrot für 11 Köpfe für die ganze Woche übrig. Ich muß mit meiner Familie einfach zusammenbrechen. Deshalb bitte man uns nicht! Warum erhalten wir hinterreichen Familien ohne Kinderbeihilfen nicht auch verbilligte Kartoffeln, Kohlen und Lebensmittel? Seit zwei Jahren hat meine Familie kein Fleisch, keinen Taig und Fett gesehen, nichts als Wasserstuppen. Aber es geht eben nicht mehr.

Aus den Ratsbeschlüssen.

Ostersonabend kein städtischer Dienst. Es wurde beschloffen, am 28. März d. J., dem Ostersonabend, die Rausleiten und Kassen des Rates und des Polizeiamtes mit den aus der gleichzeitig veröffentlichten Bekanntmachung ersichtlichen Einschränkungen geschäftlich zu halten. Es wurde dabei die Erwartung ausgesprochen, daß die städtischen Beamten, die auf diese Weise einen vollen dienstfreien Tag erhalten, ihrerseits Entgegenkommen zeigen

Der Taugenichts.

Von Anton Tschow.

Jetzt haben wir uns sehr oft, manchmal zweimal am Tage. Sie kam fast jeden Nachmittag auf den Friedhof gefahren und vertrieb sich die Zeit, bis ich mit meiner Arbeit fertig war, mit dem Lesen der Zeitungen auf den Kreuzen und Grabsteinen. Manchmal kam sie auch in die Kirche, stand neben mir und sah meine Arbeit zu. Die Stille, die nahe Arbeit der Mauer und Bergolder, die tiefsinnigen Bemerkungen Petrichs, auch daß ich mich äußerlich von den andern Handwerkern durch nichts unterschied und ebenso wie sie in Hemdsärmeln und Pantoffeln arbeitete, und daß sie mich alle buzten, — das kam ihr alles neu und lächerlich vor. Einmal rief mir in ihrer Gegenwart der Mauer, der in der Kuppel die Taube malte, zu: „Mißbill, bring mir mal Weisweiß herauf!“ Ich brachte ihm das Weisweiß, und als ich nachher das schwankende Gerüst herunterstieg, sah sie mich zu Tränen gerührt und lächelnd an. „Wie nett Sie doch sind!“ sagte sie mir. Ich hatte von meiner Kindheit her in Erinnerung, wie bei einem untern reichen Bürger ein großer Papagei aus seinem Käfig hinausgestiegen war und wie der schöne Vogel einen ganzen Monat einsam und obdachlos durch die ganze Stadt von Garten zu Garten flatterte. Maria Viktorowna erinnerte mich an diesen Vogel. „Der Friedhof ist jetzt der einzige Ort, wo ich noch hingehen kann“, sagte sie mir lachend. „Die Stadt widerst mich an. Bei den Hochzügen wird belästert, gelungen und gekipelt, und ich kann sie gar nicht mehr verbauen; Ihre Schwester ist fürchterlich menschenfeind, Fräulein Wladimirovna läßt mich aus irgendeinem Grunde, und das Theater liebe ich nicht. Was soll ich also anfangen?“ Wenn ich zu ihr kam, roch ich nach Farbe und Terpentin, meine Hände waren dunkel, — und das gefiel ihr; sie wollte, daß ich zu

ihre nicht anders als in meinem gewöhnlichen Arbeitskleide käme; aber in ihrem Salon fühlte ich mich in dieser Kleidung doch unbehaglich und verlegen, wie wenn ich eine Uniform an hätte, und darum zog ich jedesmal, bevor ich zu ihr ging, meinen neuen Tricotanzug an. Und das mißfiel ihr. „Gestehen Sie es mir, Sie haben sich in Ihre neue Rolle noch nicht ganz hineingefunden“, sagte sie mir einmal. „Der Arbeitsanzug geniert Sie, Sie fühlen sich unbehaglich darin. Sagen Sie, kommt es vielleicht daher, daß Sie sich noch nicht ganz sicher und befriedigt fühlen? Kann Ihnen überhaupt diese Arbeit, die Sie sich gewählt haben, diese Malarier-Befriedigung geben?“ Sie fragte sie lachend. „Ich weiß, daß der Anstrich die Gegenstände schöner und dauerhafter macht, aber alle diese Gegenstände gehören doch schließlich den reichen Städtern und sind Luxusgegenstände. Außerdem haben Sie selbst mehr als einmal gesagt, daß jeder Mensch sich das Brot mit eigenen Händen verdienen soll. Sie verdienen aber Geld und nicht Brot. Warum halten Sie sich nicht an den hochstäblichen Sinn Ihrer Worte? Man soll sich sein Brot verdienen, das heißt man soll pflügen, säen, mähen, dreschen oder auch etwas andres tun, was in unmittelbarer Beziehung zur Landwirtschaft steht, zum Beispiel Kühe hüten, Erde graben, Häuser zimmern.“ Sie öffnete ein hübsches Schränkchen, das neben ihrem Schreibtische stand, und sagte: „Das alles sage ich Ihnen, weil ich Sie in mein Geheimnis einweihen möchte. Voilà! Das ist meine landwirtschaftliche Bibliothek. Hier ist Feld, Gemüse- und Obstgarten, Viehhof und Zirkel. Ich lese mit Heißhunger und habe schon alle die Theorien erfaßt. Mein lehnstlicher Wunsch ist, sowie es März wird, nach Dubitschnja zu gehen. Dort ist es herrlich, wunderbar! Nicht wahr? Im ersten Jahr werde ich nur zusehen und mich gewöhnen, im nächsten Jahr werde ich tüchtig arbeiten, ohne mich zu schonen. Papa hat mir Dubitschnja zum Geschenk versprochen, und ich werde dort alles machen, was ich will.“ Ganz rot und erregt, lachend und beinahe weinend, phantasierte sie laut, wie sie in Dubitschnja leben wollte und was das

für ein interessantes Leben werden würde. Ich aber beneidete sie. Der März stand schon vor der Tür, die Tage wurden immer länger, an heiteren, sonnigen Nachmittagen tropfte es von den Dächern, und es roch nach Frühling; auch ich hatte Lust, aufs Land zu gehen. Als sie mir sagte, daß sie nach Dubitschnja ziehen wollte, stellte ich mir lebhaft vor, wie ich nur in der Stadt allein bleiben würde, und ich wurde auf den Bücherschrank und auf die Landwirtschaft eifersüchtig. Ich kannte und liebte die Landwirtschaft nicht und wollte ihr schon sagen, daß die Landwirtschaft eine Beschäftigung für Sklaven sei, aber da fiel mir ein, daß auch mein Vater schon einen ähnlichen Gedanken geäußert hatte, und sagte darum nichts. Die großen Fasten brachen an. Aus Petersburg kam der Ingenieur Viktor Iwanowitsch gefahren, dessen Existenz ich ganz vergessen hatte. Er kam unerwartet und hatte nicht einmal telegraphiert. Als ich wie gewöhnlich am Abend hinkam, ging er frisch gewaschen und frisiert, um mindestens zehn Jahre verjüngt, im Salon auf und ab und erzählte etwas; seine Tochter kniete vor seinen Koffern, packte Schachteln, Kisten und Bücher aus und reichte sie dem Diener Pawel. Als ich den Ingenieur erblickte, trat ich unwillkürlich einen Schritt zurück, er aber streckte mir beide Hände entgegen, lächelnd, wobei er seine weißen, kräftigen Rauschhaare zeigte, und sagte: „Da ist er ja, da ist er ja! Ich freue mich sehr, Sie zu sehen! Malcha hat mir alles erzählt, sie hat eine wahre Liebesheime auf Sie gefunden. Ich verstehe Sie vollkommen und billige alles!“ fuhr er fort, mich beim Arm nehmend. „Es ist viel klüger und ehrlicher, ein anständiger Arbeiter zu sein, als ärarisches Papier zu beschmieren und eine Beamtenmütze zu tragen. Ich selbst habe mit dieser Fänder in Belgien gearbeitet und bin dann zwei Jahre Malchirist gewesen.“ Er hatte einen kurzen Hansrock und Hansschuhe an und ging etwas wacklig, wie wenn er das Podagra hätte. Er rief sich die Hände, summierte ein Liedchen und strahlte vor Vergnügen, daß er

Ein neuer Anschlag im Vogtlande.

Mauen, 23. März. In Rodewisch (zwischen Auerbach und Falkenstein) wurde heute früh gegen 3 1/2 Uhr ein Bombenanschlag gegen das Rathaus verübt. Das Rathaus wurde im Innern schwer beschädigt; Decken sind eingestürzt und sämtliche Fensterheben zertrümmert. Auch die Fenster der umliegenden Häuser sind zertrümmert. Die Altentäter scheinen wiederum von auswärts gekommen zu sein. Die Untersuchung ist im Gange.

Eine wichtige Demonstration der Chemnitzer Arbeiterschaft fand am Sonnabendmittag gegen die von den Unternehmern geplante Rechtslosmachung der Betriebsräte statt. An der Kundgebung beteiligten sich 70-80 000 Proletarier. In einer einstimmig angenommenen Resolution erklären die Chemnitzer Arbeiter, daß sie einig sind im Kampfe gegen die Reaktion, im Kampfe um ihre Rechte, im Kampfe für den Achtundsten Tag, für Freiheit und Mitbestimmung im Produktionsprozeß, gegen den Kapitalismus, für den Sozialismus. Die gewaltige Massendemonstration ging ohne jede Störung vor sich. Mustergültig, wie die Massen zusammenströmten, lösten sie sich auch auf.

Dresden. In der Dresdner Heide entstand ein größerer Waldbrand, der sich auf mehrere 1000 Quadratmeter jahrhundertjährigen Kiefernbestands ausdehnte. Die Dresdner Feuerwehr unterdrückte den Brand.

Pirna. Einen seltenen Fischfang machte dieser Tage ein Elbfischer aus dem benachbarten Zeitz. Er hatte das Glück, einen Silberlachs zu fangen, der eine Länge von ca. 1 Meter hatte und 19 Pfund wog.

Wobau. Der Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Wobau beschloß ein neues Steuern: 1. Schankkonzessionssteuer rückwirkend ab 1. Januar. 2. Steuer für Luxuswagen und -schlitten, und zwar für den ersten 100 Mk., für den zweiten 200 Mk., für den dritten 400 Mk. und für jeden weiteren 300 Mk. mehr. 3. Steuer auf Luxus- und Reispferde in einer jährlichen Höhe von 500 Mk. 4. Jagdsteuer, sowohl für die Pacht- als auch für Eigen- und Genossenschaftsjagden. Der Bezirkstag erhöhte die Höhe auf 50 bzw. 25 Prozent. 5. Grundsteuer von 50 Prozent auf die Einheit bei erteilten Rittergütern. Eine vom Bezirksausschuß vorgeschlagene Lastkraftwagensteuer wurde einstimmig abgelehnt.

Herrnhut. Bei dem gestern gemeldeten Brandunglück handelt es sich um ein Verbrechen, dem das Wilhelm Kengerische Ehepaar in Groß-Kennerdorf zum Opfer gefallen ist.

Wie bereits gemeldet, wurden die beiden 70 Jahre alten Leute am Freitag früh unter den Trümmern ihres eingestürzten Anwesens verlohrt aufgefunden. Man nahm damals an, daß sie durch einen Unglücksfall ums Leben gekommen sind. Wie inzwischen festgestellt worden ist, sind sie das Opfer eines Verbrechen geworden. Bortige Woche erschien bei dem Viehhändler Zumborn in Kittau ein Unbekannter, der sich als Paul Kenger ausgab und jenem Vieh, Getreide, Heu und Stroh zum Preise von 7000 Mk. verkaufte. Der Viehhändler fuhr nachmittags nach Groß-Kennerdorf, um den Kauf zu besichtigen, und fand hier im Kengerischen Hause jenen Unbekannten wieder, dem er hundert Mark Anzahlung gab mit dem Bemerkten, den Rest bei Abholung des Viehs am Sonnabend zu liefern. Als er am Sonnabend zurückkehrte, fand er das Haus eingestürzt vor. Der Täter, von dem noch jede Spur fehlt, hat die Tat wahrscheinlich schon am Donnerstag begangen und dann, um jede Spur zu verwischen, das Haus angezündet. Die Sektion der Leichen deutet darauf hin, daß Frau Kenger erschlagen, der Mann erdrosselt worden ist.

Altenhain. Am Sonntag, mittags 1/2 Uhr, brach in Abteilung 13 des Altenhainer Fortstellers an der Ammelshain-Altenhainer Bahnlinie ein Waldbrand aus, dem eine 1 Hektar große 20 jährige Kiefern- und Nichtenkennung zum Opfer fiel. Der Brand ist vermutlich durch Funkenflug einer Lokomotive entstanden. Durch schnelles Eingreifen eines Fortbeamten und einiger Arbeiter von Ammelshain konnte das Feuer, bevor weiterer Schaden angerichtet wurde, auf seinen Herd beschränkt werden. Die Höhe des durch den Brand entstandenen Schadens beziffert sich auf ca. 40 000 Mk.

Colditz. Im nahen Glästner Walde entstand ein Brand, dem außer junger Schöpfung auch ältere Bestände zum Opfer fielen. Die Schenke des Rittergutes Bodelwitz wurde infolge Brandstiftung eingeeicht, wobei außer Maschinen auch große Saatgutvorräte vernichtet wurden.

Bad Elber. Der Gemeinderat hat die Einreihung des Gemeindevorstands in die Gruppe 10, sowie auch die Befolgung einiger Beamten nach höheren Gruppenföhen abgelehnt und die Einreihung des Gemeinderats in Gruppe 8 beschlossen. Auf den von den Beamten eingelegten Einspruch hin entschied das Schiedsgericht die Einreihung des Gemeindevorstands in Gruppe 9. Der Gemeinderat hat die Anerkennung dieses Schiedspruches abgelehnt und Berufung einzulegen beschlossen.

Aus der Umgebung.

Leipzig. Kinderspeisung. In der 2. Speisepetode (ab 30. August 1920) sind hier erst 200, später 480 Kinder täglich gespeist worden. Zur Zeit beträgt die Teilnehmerzahl 500 Kinder und 100 stillende und fessende Mütter. Seit Beginn der Speisung wurden gereicht: 97 610 Maßstoffe für Kinder und 10 800 Maßstoffe für Mütter. Dazu wurden verwendet 19 081 Kilogramm Lebensmittel, rund 382 Zentner im Werte von 127 000 Mk. Da das Essen als Frühstück gegeben wird und jedes Kind solange teilnimmt, bis eine Besserung seines Ernährungszustandes erzielt worden ist, konnte die jetzt abgeschlossene ärztliche Untersuchung ganz wesentliche Erfolge hinsichtlich des Wachstums und des Gewichts der Kinder feststellen. Bei keinem der gespeisten Kinder hat eine weitere Gewichtsabnahme stattgefunden. Die höchste Gewichtszunahme betrug 7,5 Kilogramm, die geringste 0,5 Kilogramm, die durchschnittliche Zunahme 2,1 Kilogramm. 209 Kinder, unter diesen 66 ehemals schwerst unterernährte, konnten infolgedessen auscheiden und bisher nicht gespeist, unterernährte Kinder in Platz machen. Die Früchte dieses Erfolges zeigen sich — nach dem Urteile der Lehrer — an der regen Teilnahme dieser Kinder am Unterricht. Auch die Teilnehmerinnen an der Mütterpeisung

bekennen die günstige Wirkung auf die Gewichts Zunahme ihrer Kleinen.

Leipzig. Um der Einwohnerschaft von Leipzig Gelegenheit zu geben, den Kirchenaustritt zu vollziehen, ist das Standesamt am Donnerstag, den 24. März, von 6-7 Uhr abends offen.

Leipzig. Gewerkschaftsversammlung. Wegen Einlegung eines Rugs nach Leipzig in den Nachmittagsstunden ist ein Besuch einbereitet worden. Als Gemeindevorstand bzw. Stellvertreter werden die Herren Böhm und Wäde gewählt. Der Vorsitz eines Ehrenhains für gefallene Krieger wurde zugewiesen. Der 7. Nachtrag zur Gemeindeverordnung — Hundesteuer betr. — fand in erster Lesung Annahme. Die Herren Tierärzte Brunner-Viebertowitz, Seidemann-Borsdorf und Brein-Leipala sollen hier selbst als wissenschaftliche Fleischbeschauer zugelassen werden. Die dem Arbeitsnachweis Baunsdorf für den Erwerblosentrat usw. entstehenden Kosten sollen anteilig übernommen werden. Für die mit Hilfe von Reich und Staatszuschüssen in Aussicht genommenen Häuserbauten soll in allen Fällen die Gemeinde als Trägerin des Verfahrens auftreten. Das Feldgrundstück 128 soll zum Preise von 105 000 Mk. gekauft und zu Siedlungsweiden aufgeschlossen werden. — In geheimer Sitzung fanden einige Fürsorge- und Berufungssachen ihre Erledigung.

Viebertowitz. Aus dem Gemeinderat. Einer Eingabe der Gasanfalls- und Gemeindegewerkschaft wurde zugestimmt. Es erhalten Gasanfallsarbeiter 5,20 Mk., vollwertige Gemeindegewerkschaft 4,70 Mk. und ältere Gemeindegewerkschaft 3,70 Mk., Frauen 3,05 Mk. pro Stunde und die tarifmäßigen Kinderzulagen. Auf eine Eingabe der RPD, Ortsgruppe Viebertowitz, werden alle Gemeindevorstellungen an allen öffentlichen Stellen angehängt. Der am Orte bestehende Kollereizwang wird aufgehoben und den Erzeugern gestattet, für eigenen Bedarf zu buttern. Um die hiesige Milchversorgung sicherzustellen, wird mit den Erzeugern ein neuer Vertrag abgeschlossen. Von unseren Genossen wurde beantragt, Protest bei der Reichsregierung gegen die zu beabsichtigende Brotgetreidepreiserhöhung einzulegen.

Gewerkschaftsbewegung.

Betriebsrätegesetz und Arbeiterschaft.

In Nr. 61 der Sächsischen Staatszeitung vom 15. März 1921 lesen wir folgendes:

Wenngleich das nun schon über ein Jahr bestehende Betriebsrätegesetz bei der Arbeiterschaft nicht ungeteilten Beifall hat, so ist sein höherer Wert gegenüber den früheren Bestimmungen der G. D. anzuerkennen und auch anerkannt worden. Nicht lediglich Werkzeug des Unternehmers, sondern Mitbestimmender seines durch das Unternehmen bedingten wirtschaftlichen Schicksals. Mitarbeiter in den Betriebsvertretungen für die Erfüllung sozial- und wirtschaftspolitischer Aufgaben: diese jetzige Stellung des Arbeiters kann nicht hoch genug eingeschätzt werden!

Und doch: wie wenig wird sie in Wirklichkeit erkannt! Am Ausbau des Gesetzes ist während seines einjährigen Bestehens eifrig gearbeitet worden. Änderungen, Ergänzungen, grundsätzliche Entscheidungen, welche die Auslegungsschwierigkeiten des Gesetzes zu beseitigen versuchen; das in der Theorie. Nun die Anwendung des Gesetzes in der Praxis: hier zeigt sich oft eine große Hilflosigkeit. Der Arbeiter kann mit dem Gesetz — seinem rechtlich-wirtschaftlichen Werkzeug — noch nicht so umgehen, um damit gute Ergebnisse zu erzielen. Immer und immer wieder kommen zu den Verwaltungsbehörden Arbeitnehmer, um sich Hilfe zu suchen für Streitfälle, deren Regelung durch richtiges Vorgehen der Betriebsvertretungen hätte sofort erfolgen können. Aber weder Arbeiter noch selbst viele der Betriebsvertretungen kennen das Betriebsrätegesetz genügend.

Manz abgesehen davon, daß die Behauptung, auf Grund des Betriebsrätegesetzes seien die Arbeitnehmer „Mitbestimmende“ ihrer „wirtschaftlichen Schicksal“ sicher bei allen Arbeitern und Anarbeitern, die die Dinge kennen, nur ein Räseln heroorufen wird, müssen wir uns ganz entschieden dagegen wenden, daß bei den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen versucht wird, den Arbeitern durch derartige Ausführungen etwas vorzumachen. Jedes Betriebsratsmitglied weiß genau, daß die äußerst mangelhaften Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes bei den „Abänderungen, Ergänzungen und grundsätzlichen Entscheidungen“ nur ständla dazu benutzt worden sind, weitere Verschlechterungen für die Arbeiterklasse in das Gesetz hineinzulegen. Dafür sorgen bekanntlich schon die Herren Spudiel der Unternehmerorganisationen, die sogenannten unparteiischen Vorsitzenden der Schlichtungsausschüsse, wie auch der provisorischen Bezirksarbeitsräte bzw. Gewerkschaften. Und daß der Arbeiter mit „seinem rechtlich-wirtschaftlichen Werkzeug“ noch nicht so umgehen kann, „um damit gute Ergebnisse zu erzielen“, ist schließlich die Folge davon, daß das Gesetz, das eigentlich dem Schutze und dem Kampfe der Arbeiterklasse dienen sollte, durch allzuhand juristische Knifflereien in der Praxis noch vollends verunklart worden ist.

Wenn dann geklagt wird, daß die Arbeitnehmer Schutz suchend zu den Verwaltungsbehörden gefahren kommen, so scheint es uns angedrückt, daß sich die Verwaltungsbehörden auch einmal um die Gründe kümmern, warum die Betriebsvertretungen versagen. Es scheint nicht bekannt zu sein, daß die wirtschaftliche Lage von einer großen Anzahl von Unternehmern ausgenutzt wird, um durch rigoroses Vorgehen jede Tätigkeit des Betriebsrates, insbesondere des Angelegenheitsrates, unmöglich zu machen oder doch zum mindesten stark zu lähmen. „Veräufte Fristen“, „Protokolle, die keine sind“, das alles ist sehr oft darauf zurückzuführen, daß die Geschäftsleitung keine ordnungsgemäßen Sitzungen abhält, weil es ihr zuzumutet ist, mit dem Betriebsrat oder Angelegenheitsrat zu verhandeln. Erst kürzlich wurde in einer Verhandlung gegen die Firma Schlegel, Baunsdorf, vor dem Schlichtungsausschuß Leipzig von dem Firmenvorsteher auf Befragen eines Beiführers die Antwort erteilt: „Ein Protokoll über diese Sitzung haben wir nicht, weil bei uns Sitzungen in diesem Sinne nicht

abgehalten werden.“ Solche Fülle sind durchaus nicht vereinzelte, ja es kommt vor, daß durch dieses Verhalten schon Unternehmer erreicht haben, daß zwar die gesetzliche Betriebsvertretung noch besteht, in der Praxis aber „erlosch“ ist.

Das Unternehmertum hat sich zwar auf den Boden des Betriebsrätegesetzes gestellt, arbeitet aber so, daß eine Interessenvertretung der Arbeitnehmer durchaus nicht gewährleistet ist. Das Betriebsrätegesetz ist in seinem Aufbau so gehalten, daß eine für die Arbeitnehmerschaft günstige Bestimmung sofort wieder durch die nachfolgenden aufgehoben oder so verhandelt wird, daß damit nichts anzufangen ist.

Sind wir auch durchaus der Meinung, daß die Arbeitnehmer einen erheblichen Teil Schuld daran tragen, daß ihre wirtschaftliche Macht wieder so stark geschwächt werden konnte, so erscheint es uns doch viel zweckdienlicher, wenn die Sächsische Staatszeitung sich mit ihren Ermahnungen an das Unternehmertum wendet, damit dieses zur Anerkennung des Betriebsrätegesetzes angehalten wird. Ein Lied zur Verschönerung des Betriebsrätegesetzes für die Arbeiterschaft zu singen, erscheint uns durchaus nicht am Platze.

Die Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes

befähigten sich in zwei Versammlungen mit den Anträgen der Kommunisten und dem „offenen Brief“. Als Referent der Kommunisten war Kollege Franke, als Korreferent Kollege Schumann bestimmt worden.

Kollege Franke erklärte zunächst, daß ihm die Aufforderung des Referat zu halten, zu spät zugestellt worden sei. Das wurde durch den Kollegen Schönfeld als nichtzutreffend zurückgewiesen. Der Vorschlag, Lieberasch sprechen zu lassen, wurde abgelehnt, weil die Fabrikarbeiter auf dem Standpunkt stehen, daß, wenn die kommunistischen Ideen in unsere Gewerkschaft getragen werden sollen, unsere RPD-Kollegen auch in der Lage sein müssen, ihre Ansichten den Mitgliedern selbst zu unterbreiten. Nach einigen Auseinandersetzungen erklärte sich dann Kollege Franke bereit, das Referat zu übernehmen.

In der Aussprache fanden sich nur wenige Befürworter der kommunistischen Taktik und deren Argumente waren von außerordentlich Schwäche. Der Verfechter Streif spielt bei den RPD-Kollegen eine große Rolle. Aber gerade dabei war es unsern Kollegen leicht möglich, nachzuweisen, daß mit der Taktik der wilden Streiks lediglich die Arbeiterbewegung geschwächt wird. Der Kollege Gumplich, der sich für die kommunistische Taktik einsetzte, mußte sich manch bittere Wahrheit sagen lassen wegen der berühmten Vermittlung von Arbeitern nach Rußland. Irrendwischen Anklagen fanden die kommunistischen Redner nicht. Ihre Anträge auf Anschließung an die Moskauer Gewerkschaftszentrale wurden abgelehnt und folgende Entscheidung mit großer Mehrheit angenommen:

„Angesichts des furchtbaren Bruderkampfes, der zur Zeit zum Schaden des gesamten Proletariats in der deutschen Arbeiterklasse, namentlich auf dem volkswichtigen Gebiete der Textil- und Bekleidungsindustrie, die 2 Millionen freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter umfaßt. Sie erblickt in dem Streik... Teile der deutschen Gewerkschaften zur sogenannten Roten Moskauer Internationale herüberzugehen, eine schwere Gefahr für die Einigkeit und Geschlossenheit nicht nur der deutschen, sondern auch der internationalen Gewerkschaftsbewegung, dem zur Zeit noch einzigen festen Bollwerk gegen die Kapitalistenklasse. Indem die Versammlung diese Bestimmungen auf das Entschiedenste verurteilt, verpflichten sich alle Mitglieder, Kreis für die Einigkeit und Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung zu wirken, namentlich allen Sonderbestrebungen mit allem Nachdruck entgegenzutreten. Die Versammlung erwartet von allen maßgebenden Körperschaften ADGB, Afa und Hauptvorstand ein festes klares Bekenntnis und Handeln für den Klassenkampf des Proletariats. Vor allen Dingen und in erster Linie rücksichtslos und mit allen gewerkschaftlichen Mitteln durchzuführenden Kampf für die Sozialisierung.“

Dieser Resolution wurde mit großer Mehrheit zugestimmt. Alsdann berichtete Kollege Heinke, daß 28 Bewerbungen zu den Kassiererposten eingegangen sind. Zur engeren Wahl wurden drei Kollegen zu einer Probearbeit herangezogen. Gewählt wurde hierauf Kollege Werner-Leipzig.

Zum Streik von Levetzow berichtet Kollege Schönfeld, daß die Delegierten festgestellt haben, daß dieser Streik ein wilder war und nach Ansicht der Delegierten der Hauptvorstand seine Pflicht erfüllt hat. Kollege Knöfel schloß sich den Ausführungen an. Die Zählstelle Leipzig erklärte sich bereit, sobald die Organisationsfähigkeit bei dieser Zählstelle entfernt sind, den Kollegen hilfreich zur Seite zu stehen.

Standalöse Zustände.

Bei der Firma Ritter und Limburger, Fabrik elektrischer Artikel in Wagnitz, Nonnenstraße 25/27, werden 20 männliche und 6 weibliche Arbeiter beschäftigt. Die Arbeiterinnen benutzen bisher einen besonderen, dem Hausbesitzer Ziergiebel gehörigen Abort. Das wird ihnen jetzt von dem Herrn Hausbesitzer verboten. Sie sollen einen auf dem Hof befindlichen Abort gemeinsam mit den männlichen Arbeitern benutzen. Dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung der Firma Ritter und Limburger ist es nicht möglich gewesen, den Herrn Ziergiebel davon zu überzeugen, daß dies aus rechtlichen und sittlichen Gründen nicht geht. Sie wandten sich deshalb an die Gewerbeinspektion und an die Wohlfahrtspolizei. Erst nach langem Drängen gab sich letztere dazu her, den Tatbestand festzustellen, sie lehnte es aber ab, dem Herrn Z. aufzugeben, bis zur endgültigen Regelung der Angelegenheit den bisherigen Zustand beizubehalten zu lassen. Der Herr Z. ist anscheinend eine sehr gefährdete Person. Da die Polizei aber bei andern, weniger wichtigen Dingen sehr energisch aufzutreten verfährt, muß auch hier verlangt werden, daß sie ohne Anfechtung der Person eingreift und den unzumutbaren Zustand beseitigt. Die Wohlfahrtspolizei ist dazu da, für das Wohl der Einwohner zu sorgen und nicht dem Eigenwillen ständlicher Hausbesitzer freien Lauf zu lassen.

Billige Fleisch- und Wurstwaren! In Büttelweinefleisch... Knochenschmalz... Preisliste...

Dr. Oetker's Puddingpulver in feinsten Friedensqualität ist wieder überall zu haben...

Sonderangebot! Donnerstag und Sonnabend selbstiger Speck 10 Pf. hohe Ware...

Achtung, Hausfrauen! Nur 3 Tage! Die Schmalz... Preisliste...

la Speck... la Schmalz... Preisliste...

Nur an Bedrauder! Kakao... Messer... Obstbäume... Preisliste...

Saut, Geisler... Preisliste...

Nur Markthalle... Preisliste...

Patentanwaltsbüro Sack, Leipzig, Brühl 2.

Der Meineidsprozess gegen Hauptmann von Stessel.

Am dritten Verhandlungstag wird die Vernehmung des Zeugen Kreisgerichtsrats Meyer fortgesetzt. Es wird zunächst noch einmal die Angelegenheit der Marlosch übermittelten gefälschten Papiere und der von Kessel geleisteten Blankschreiben erörtert. Der Angeklagte erklärt wiederholt, daß er sehr häufig derartige Unterschriften habe geben müssen, zu welchem Zwecke wolle er nicht sagen. Dann wurde dem Zeugen Meyer die Frage vorgelegt, ob ihm von Einflüssen zur Verhinderung des Prozesses Marlosch etwas bekannt sei. Nach seinen Bekundungen hat nicht nur Kessel ihn wiederholt zu beeinflussen versucht, sondern auch der Hauptmann von Pfugl-Hartung, der Staatsanwalt Schüller und der Kommissar Mittlin vom Berliner Polizeipräsidentium. Pfugl-Hartung hat die Beeinflussung bei einem gelegentlichen Zusammenreffen im September versucht, während Schüller, der in einem politischen Dezernat beschäftigt war, ebenso wie Kommissar Mittlin ihn in seinem Bureau aufgesucht haben. Alle derartigen Versuche, ihn zum Falllassen des Prozesses Marlosch zu bewegen, seien vergeblich gewesen. Ob Kommissar Mittlin im Auftrag des Polizeipräsidenten Ernst gekommen sei, wisse er nicht, aber auf jeden Fall sei ihm, daß das Polizeipräsidentium späterhin die Erlaubnis zur Vernehmung des Kommissars Mittlin verweigert habe. Daß Kessel, Weichmann, Ernst persönlich ihm nahegelehrt hätten, den Prozeß gegen Marlosch zu verhindern, verneint der Zeuge. Die Anfertigung der verschiedenen Berichte Marloschs, die teils unter Mithilfe des Staatsanwalts Zumbroich und des letzten Staatskommissars Weichmann und des Angeklagten zustande gekommen sind, und namentlich das spätere Bescheiden des zweiten Berichts aus den Akten, bezeichnet der Zeuge Meyer als unangehörig, weil dadurch das ganze Prozeßverfahren in Frage gestellt war.

Diese Bekundung in bezug auf die „Umänderung“ des Berichts über die Erschießung der Matrosen und die Rolle des Angeklagten dabei veranlassen den Verteidiger Krieger und den Angeklagten zu der Drohung, daß v. Kessel ja reden könne, wenn es notwendig sei. Bisher habe er aus Rücksicht auf gewisse Persönlichkeiten geschwiegen und gewisse Namen nicht genannt; aber jetzt sei Schweigen nicht mehr angebracht. Krieger beantragt auch die Abgabe des Obersten Reinhardt und Kriminalwacheleiters Kriegerbaum.

Der Angeklagte richtet an den Zeugen Meyer die Frage, ob dieser in dem Gespräch mit ihm nicht ganz klar zum Ausdruck gebracht habe, daß er an eine Schuld v. Kessels nicht glaube. Auch Oberst Reinhardt wäre durch die Nothwehr-Geschichte ganz zweifellos befreit. Der Zeuge bestätigt dies. Verteidiger: Ist es richtig, daß Sie zu dem Angeklagten gesprochen haben, dem Marlosch Wonne in dem Prozeß nicht passieren? Zeuge: „Ja wohl, ich habe selbst auf die großen Lügen und Schwächen in der Angelegenheit hingewiesen. Verteidiger: Ist es nicht so gewesen, daß Sie den Standpunkt vertraten: wenn derartig schwere Vorwürfe in der Öffentlichkeit laut werden, dann müsse Anklage erhoben werden, damit es nicht — ich muß das vollständige Wort gebrauchen — Stunt gibt, während der Angeklagte den Standpunkt vertrat: wenn eine Anklage doch nicht durchführbar ist, dann ist es besser, es wird nicht erst in der Öffentlichkeit großes Aufsehen damit erregt. Wir werden uns ja später noch darüber unterhalten müssen, daß bei politischen Prozessen bestimmte Tendenzen vorzuziehen sind. Der Vorsitzende weist noch darauf hin, daß der Zeuge Meyer in einer Eingabe selbst gesagt hat, daß Kessel sich durch sein Verhalten bei der Flucht Marloschs selbst in den Verdacht gebracht hat, daß er bei dem Blutsvergießen in der Französischen Straße einen gewissen Anteil Schuld habe.

Zeuge Oberst Arens bekundet: Ich kenne den Hauptmann v. Kessel als einen pflichtgetreuen Offizier, dem das Vaterland viel dankbar ist. Wenn wir nicht Männer wie Oberst Reinhardt und Hauptmann v. Kessel gehabt hätten, dann hätten wir jetzt hier russische Zustände. Herr v. Kessel hat sich allerdings durch sein Auftreten den Hof der linksradikalen Parteien zugezogen, aber er hat seine Aufgabe im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung voll erfüllt.

Hierauf wird der Oberleutnant Dr. Hoffmann vernommen. Er gibt ganz offen zu, daß auf seiner Seite der dringendste Wunsch bestand, daß Oberleutnant Marlosch weggehen müsse und es nicht zum Prozeß kommen sollte, weil dieser in den damaligen Zeiten der Aufregung und Unordnung die schlimmsten Folgen hätte haben müssen. Dies sei anfänglich auch die Meinung des Angeklagten gewesen und es sei darüber in der Staffel allgemein gesprochen worden. Er habe Marlosch persönlich immer zugeredet, er solle weggehen, da der Prozeß schweren Schaden anrichten würde. Marlosch war sehr schamhaft. Vorsitzender: Sie können die Aussage darüber verweigern, ob Sie Marlosch zur Flucht verholfen haben. Zeuge: Ich mache von meinem Zeugniserweigerungsrecht keinen Gebrauch. Zu jener Zeit erschien dann der Artikel in der Freiheit: „Gute Zeiten für Mörder“ und dieser Artikel wirkte auf Marlosch, der darin als Mörder bezeichnet wurde, ganz gewaltig. Es wurde ihm auch ein Gespräch übermitteln, das unter den Linsen mitangehängt worden war, wo zwei Matrosen sich darüber unterhielten, daß Marlosch umgebracht werden sollte. Außerdem hielt es, daß auf den Kopf Marloschs ein Preis von 15 000 Mk. ausgesetzt worden sei. Um diese Zeit hörte ich von Oberleutnant v. Grolmann, daß Marlosch der Prozeß gemacht werden soll. Ich ging daraufhin sofort zu Marlosch in die Wohnstube und teilte ihm dies mit. Ich habe aber dabei den Hauptmann v. Kessel abschließend aus dem Spiel gelassen. Ich wollte, daß mein Kommandeur gutgläubig bleibe, denn ich wußte, daß er als Führer der Staffel, als Erster verantwortlich gemacht werden würde. v. Kessel vertrat außerdem auch einen anderen Standpunkt, denn er erklärte mir, daß er, sobald ein Haftbefehl erlassen wäre, sich nicht mehr mit der Sache befassen würde, da er

der Justiz nicht in den Arm fallen würde. Ich stand auf einem ganz anderen Standpunkt und wurde darin bestärkt dadurch, daß auch die oberen Dienststellen den Prozeß nicht wünschten. Ich habe deshalb Marlosch mit vollem Bewußtsein zur Flucht verholfen, da ich der festen Überzeugung war, daß der ganze Haftbefehl lediglich eine Verhüllung vor den Linksparteien war. Vorsitzender: Es ist doch eine sehr merkwürdige Erscheinung, wenn ein damals 23-jähriger junger Leutnant sich so über die Befehle seiner Vorgesetzten hinwegsetzt, eigenmächtig handelt und dies mit politischen Dingen verknüpft. Zeuge: Es war dies eben damals mein Standpunkt. Vorsitzender: Dann müssen Sie sich aber jetzt noch mit mir lassen, daß ich diesen Standpunkt für absolut falsch halte und wohl sehr viele Leute mit mir. Sie gingen nun zu Marlosch und trafen ihn bei Tisch? Zeuge: Ja, wohl, ich habe ihm sofort gesagt, daß gegen ihn ein Haftbefehl erlassen sei, und daß es das Beste wäre, er ginge zu seinem Onkel, dem Warrer Rump. Ich rief bei Marlosch auf keinen besonderen Widerstand, weil offenbar der Gedanke bei ihm aufgetaucht war, daß er sich nicht Hals über Kopf verhaften lassen, sondern sich die Sache erst einmal etwas überlegen sollte. Vorsitzender: Sie verlangen von uns, daß wir Ihnen das alles glauben? Zeuge: Nein, nur das was ich hier sage. Der Zeuge befand weiter: Beim Warrer Rump sprach Marlosch die Absicht aus, sich am nächsten Tage zu stellen. Der Warrer sprach auch von der Möglichkeit, ihn in eine Heilanstalt zu bringen, und auch die Möglichkeit des Weggehens wurde erwogen. Für diesen Fall stellte Warrer Rump die Bedingungen: 100—150 000 Mk. bar, ein Kittergut, einen Auslandspaß, spätere Rehabilitierung und seinen Entlass eines Steckbriefes. Diese Bedingungen sollten natürlich den Umständen entsprechen. Abends war ich bei Herrn v. Kessel eingeladen. Ich sagte ihm, daß ich bei Rump gewesen wäre, und suchte ihn dauernd zu bereden, er müsse für Marlosch sorgen, da er es ihm versprochen hatte. Ich glaube, daß ich ihn dadurch auch beeinflusst habe, zu Warrer Rump zu gehen. Er wollte aber auf die Sache weiter nicht eingehen. Ich habe ihm daher auch nicht mitgeteilt, daß Marlosch bei Rump sei. Vorsitzender: Das alles klingt unwahrscheinlich. Zeuge: Es gibt viele Unwahrscheinlichkeiten, die doch wahr sind. Angeklagter: Herr Vorsitzender, Sie gehen von falschen Voraussetzungen aus. Der Warrer war der nächste Verwandte Marloschs, mit dem ich in Verbindung treten mußte, wenn ich Marlosch helfen wollte. Mit Marlosch selbst wollte ich nicht in Verbindung treten und fragte auch nicht, wo er ist. Das wollte ich gar nicht wissen. Zeuge Hoffmann bekundet weiter, daß er am nächsten Tage Marlosch zum Bahnabgang gebracht habe. Vorsitzender: Nun hat die Sache doch Geld gekostet? Zeuge: Ich hatte ja von Hauptmann v. Kessel einen Auszahlungsbefehl für die Staffel. Außerdem hatte ich am Sonnabend 2500 Mk. auf einen Scheck bekommen, der nur letztendlich vorabtraktiert worden ist. Kessel hatte mir für den Fall des Wegnehmens von Marlosch das Geld zur Verfügung gestellt. Angeklagter: Ich habe nie einen Zweifel gefaßt, daß ich für diesen Fall aus dem Fonds etwas geben würde. Vorsitzender: Wer hat Marlosch die Papiere besorgt? Zeuge: Das kann ich nicht sagen. Vorsitzender: Kurz vorher war doch der Oberleutnant Vogel (der Würdiger Liebtnecht). Die Red. weggegangen, auch mit Hilfe von Kameraden. Zeuge: Damit hatte ich nichts zu tun. Angeklagter: Ich habe niemals mit der Angelehenheit Vogel das geringste zu tun gehabt. Zeuge Hoffmann: Die Erwähnung der Staffel Kessel war nur darauf zurückzuführen, daß Oberleutnant Vogel auf seiner Flucht einen Augenblick das Kriminalgericht betreten hatte, in dem die Staffel lag. Vorsitzender: Sie wußten doch, daß die Flucht Vogels große Erregung hervorgerufen hätte. Das mußte Sie doch veranlassen, Derartige zu unterlassen. Zeuge: Nein! Vorsitzender: Wie konnten Sie sich berechtigt halten, als Protokollführer zu fungieren? Zeuge: Ich wurde hineingerufen. Vorsitzender: Sie wußten doch, um was es sich handelte. Wie konnten Sie die Aussage Kessels niederschreiben? Ich weiß nicht, wer der Unbekannte ist, der Marlosch weggebracht hat, da Sie es doch selbst waren. Zeuge: Ich konnte doch nicht aufspringen und laufen: Ich würde nicht mehr mit. Das hätte das ganze Unternehmen doch zwecklos gemacht. Vorsitzender: Da hätten Sie doch irgendeine Ausrede finden müssen, um nicht als Protokollführer zu fungieren? Zeuge: Ich sehe auch keinen Grund ein, weshalb ich nicht das aufschreiben sollte, was ein anderer auszusagt. Vorsitzender: Sie wissen aber, daß Kessel und Dr. Meyer darüber sehr hochtrabend waren, als sie es erzählten. Zeuge: Ich hatte nicht daran gedacht, mit Gerichtsbescheid habe ich nie zu tun gehabt. Als am nächsten Tage Kessel zu Warrer Rump kam, mußten Marlosch und ich in ein anderes Zimmer gehen, auch die Gardeboje wurde weggehängt, damit Kessel nicht merkte, daß Marlosch da sei. Als Kessel bei der Abrechnung erfuhr, daß ich das gemacht habe, war er sehr erregt. Verteidiger: Was hat Ihnen Warrer Rump über den Brief Marloschs an Kessel, das sogenannte Urlaubsgesuch, gesagt? Zeuge: Warrer Rump sagte mir, er habe in seiner seelsorgerischen Praxis viele derartige Leute kennengelernt und habe den Dreh raus. Daher habe er den Brief Marloschs so diktiert, daß er den Eindruck des Verfolgungswahns mache. Staatsanwalt: Sie haben doch Marlosch noch mehr Geld geschickt? Zeuge: Durch den Warrer erhielt er 7000 Mk. Staatsanwalt: Hat nicht v. Kessel beabsichtigt, Marlosch ins Baltikum zu schaffen? Zeuge: Ich habe das selbst dem Warrer vorgelegt, da ich dorthin Beziehungen hatte. Staatsanwalt: Sie haben doch auch ein Empfehlungsschreiben an den Grafen v. d. Goltz geschickt? Zeuge: Dessen entfinne ich mich nicht, ich wollte ihm ein Flugzeug und Papiere besorgen. Angeklagter: Ich habe nie eine Sekunde bestritten, daß ich Hoffmann den Brief diktiert und daß ich wiederholt dem Warrer Geld gegeben habe. Nach dem 15. Juni mußte ich doch Bescheid und da war es das natürlichste, daß ich Hoffmann als Mittelsperson benützte.

An der Nachmittagssitzung teilt der Vorsitzende mit, daß v. Kessel die geforderte Kaution von 150 000 Mk. eingezahlt habe und dementsprechend aus der Untersuchungshaft entlassen sei.

Der Ankläger erklärt, daß er auf keinen Fall jemals an Flucht gedacht habe, und daß er dies schon ein ganzes Jahr lang hätte tun können, er sei aber völlig unschuldig und möchte dies hier bezeugen. Auf eine Frage des Verteidigers erklärt Zeuge Hoffmann, daß bei der Staffel eine politische Abteilung war, bei der alle Augenblicke falsche Papiere zu gewissen politischen Zwecken benützt wurden. Es lagen zahlreiche derartige Legitimationspapiere in den Bureaus herum. Wir hatten Blankschreiben-Ausweise und alle möglichen anderen Papiere, die in jenen aufgereizten Zeiten zu bestimmten politischen Zwecken benützt wurden.

Als nächster Zeuge wird dann Warrer Rump vernommen, und zwar zunächst unter Aussetzung der Vernehmung. Der Zeuge gibt an, das Marlosch und Leutnant Wehmyer mit seinen beiden Fährten verlor. Marlosch habe ihn nach der Erschießung der Matrosen seelsorgerisch in Anspruch genommen und sei täglich in sein Haus gekommen. Er war sehr überzeugt, im rechten Augenblicke werde Oberst Reinhardt den Befehl der Untersuchung zu klappen, denn er habe nur beschuldigungsgemäß gehandelt. Als am 27. Mai der abgehende Artikel der Freiheit erschien, sagte er: Jetzt wird mich Reinhardt beden. Mir nichts zu seinem Schutze geschah und die Kommunisten sogar 15 000 Mk. auf seinen Kopf aussetzten, wolle ich keine Stimmung. Die Ausdrücke über seine Botschaften will ich nicht wiederholen. Man suchte mit allen Mitteln auf ihn einzuwirken, daß er fliehe, er hat aber heftigsten Widerstand geleistet. Am 1. Juni brachte Hoffmann den Marlosch zu uns und rief ihm zur Flucht. Am dem Tage ging ein Gegenstand in meinem Hause los. Es wurde telephoniert. Verschiedene Offiziere kamen und warnten Marlosch. Ich sagte, er solle sich in Schutzhaft begeben oder in eine Heilanstalt. Nach meiner Erinnerung wurde dann auch für den Fall der Flucht erwöhnt, daß er 100—150 000 Mk. bekommen sollte, weil er als etwaniger Mann nicht für sich sorgen konnte. Ich selbst habe niemals irgendeine geldliche Forderung gestellt und verwarne mich dagegen, daß ich aus niedrigen Motiven für meinen Schwagerlohn Geld vom dem Angeklagten erpressen wollte, wie Dr. Ursberg in seinem Wädover gesagt hat. Der Vorsitzende bittet, den Verteidiger aus dem Spiel zu lassen, der das Recht habe, Fragen zu stellen und es nachher auch tun werde. Zeuge: Dann wird er mich ja schon in die Knechtzange nehmen. (Große Heiterkeit.) Es ist unklar, daß ich dem Angeklagten gesagt habe, Marlosch sei schon in zwei Kremsen inhaftiert gewesen und von der Körperverletzung wegen § 51 freigesprochen. Ich habe im Gegenteil gesagt, Marlosch sei rechtlich so gesund, wie er und ich. Schließlich sagte Kessel, es sei vaterländische Pflicht zu fliehen. Marlosch müsse die Schuld auf sich nehmen, er dürfe die Befehle der Vorgesetzten nicht preisgeben. Verhaftet dürfe er nicht werden, denn es sei eine unabhägige Forderung zu erwarten. Die werde aber bald abgelöst werden durch eine Reichsregierung mit einer Militärdiktatur Nothwehr. Die Unabhägigen aber würden Marlosch vor ein Revolutionärgericht bringen. Außerdem schloße die Entente nur Frieden mit einer Regierung Ebert-Scheidemann, und die sich und falle mit Nothwehr und Oberst Reinhardt. Das alles war maßgebend, daß ich auch in die Flucht einwilligte. Er sagte auch, die Regierung, die Staffel, der Gerichtshof und Dr. Meyer würden heillos sein, wenn Marlosch fliehe. Ich fragte ihn dabei, ob er Marlosch nicht sprechen wolle. Darauf sagte er: Um Gotteswillen, da mühte ich ihn ja verhaften. Ich darf davon nichts wissen. v. Kessel laute auch, wenn Marlosch nicht fliehe, müsse er selbst fliehen und er sei Familienvater. Es ist für mich kein Zweifel, daß v. Kessel schon am 2. Juni im Dienste des Rapp-Putsch bei mir tätig war. Auf eine weitere Frage erklärt der Zeuge, daß v. Kessel für eine Reichsregierung mit Militärdiktatur Nothwehr arbeitete. Angeklagter: Weshalb hätte ich denn fliehen sollen? Zeuge (sehr heftig): Weil Sie strafrechtlich und moralisch verantwortlich sind für die Erschießung der 29 Matrosen. Verteidiger: Das steht auch im Widerspruch mit allen Feststellungen und mit der Tatsache, daß Sie mit ihm nachher noch sehr freundschaftlich verkehrten und ihn sogar erluchten, ihm das Eisenerz Kreuz zu besorgen. Zeuge: Erst später wurde uns klar, daß wir von Kessel gründlich eingeleitet und eingewickelt worden sind. Erst nach Monaten habe ich aus den Akten erfahren, daß er einen Meineid geleistet hat, und daraus erklärten wir uns sein Drängen zur Flucht und sein Geldangebot. Verteidiger: Sie haben doch zwei Tage nach dem Geluch schon das sogenannte Meineidsbekenntnis niedergeschrieben. Das ist also die erste grobe Unrichtigkeit, auf die wir Sie festlegen. Zeuge: Damals handelte es sich um vaterländische Interessen. Aber aus den Akten ergibt sich ein achtbarer Meineid. Verteidiger: Esolange also ein Meineid „im vaterländischen Interesse“ geschieht, sind Sie ruhig, sobald aber gegen Marlosch ausgesagt wird, ist es ein Meineid für Sie. Zeuge: Es ist ein Unterschied, ob jemand einige Unrichtigkeiten beschwört oder einen Meineid leistet, eine Aussage, die von A bis Z unwahr ist.

Es kommt dann noch zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen dem Angeklagten, dem Verteidiger und dem Zeugen Hoffmann mit dem Warrer Rump. Zeuge Hoffmann tritt dem Warrer in vielen Punkten entgegen und dieser antwortet mit großer Leidenschaftlichkeit und Erregung.

Zum Schluß bittet noch Staatskommissar Dr. Weimann vernommen zu werden, da er einige Unrichtigkeiten, die in der B. Z. am Mittaq veröffentlicht seien, sofort korrigieren möchte. Der Ankläger erklärt jedoch, er sei so erschöpft, daß er unter keinen Umständen weiter folgen könne. Die Verhandlung wird darauf auf Kremlantrieb vertagt.

Die beste Befämpfung der Schundliteratur. Das Werben neuer Abonnenten für die Volkszeitung!

In dieser Woche Billige Preise für den Osterbedarf. Gebr. Hirschfeld Spezialhaus für Damen- und Kinder-Konfektion Leipzig, Petersstr. 40/42. Items include: Mantel helle Stoffe, Razlan-schnitt, hoch zu schließen 185 00; Mantel aus hellem Stoff, Raglan mit Gürtel 250 00; Mantel moderne Karos, jugendliche flotte Form, offen und geschlossen zu tragen 275 00; Mantel beste Flauchstoffe, hell kariert, mit abgesetzten Taschen 475 00; Wollkleid aus Schottenstoffen mit Tuch kariert, offen und geschlossen zu tragen 185 00; Kleid aus gestreiftem Popeline mit plissiertem Rock und Seidengarnierung und Lackgürtel 225 00; Wollkleid in blau Cheviot, offen und geschlossen zu tragen, Rock mit Faltenlagen 250 00; Tuchkleid in weinrot, marine, grün mit kunstseid, mit plissiertem Rock 590 00; Cheviot-Kostüm marine, ganz auf Futter m. Tressen-Garn., off. u. geschl. zu trag. 390 00; Cheviot-Kostüm marine, ganz gefüttert, mit Stepperei u. Faltenlage, sehr kleids. 425 00; Cheviot-Kostüm marine, mit Tressengarn., und durchgehendem Gürtel 525 00; Cheviot-Kostüm auf Seidensergo gefüttert, sehr solide vornehme Form 675 00; Seidenbluse in Bajette, in blau, m. Kunststickererei, Kimonoform 125 00; Seidenbluse in Crepe de Chine rosa, blau, grün, weiß, türkis, mit mod. Stickererei 168 00; Seidenbluse in Crepe de Chine Kimonoform, Handhohls., blau, coral, grün, weiß, rosa 185 00; Seidenbluse mit bulgarischer Stickererei, livelen Farben, sehr tesch 225 00; Wollene Strickjacken für Straße u. Sport 250 00; Reise- u. Regenmäntel aus covercoatfarbigen Stoffen, imprägniert 350 00; Covercoat-Mäntel m. Stepperei, ganz besond. billig 450 00.

Kindersöckchen



Söckchen, Baumw., vorsträrkt
Ferse und Spitze, lederfarbig
Jahre 3-4 4-5 5-6 6-7 7-8 8-11
Mk 2.85 3.25 3.65 4.15 4.45
Jahre 8-11 11-14
Mk. 4.85 5.25

Söckchen, Baumwollm. Well-
rand, nicht rutschend, schwarz
Jahre 4-5 5-6 6-7 7-8 8-11
Mk 5.35 5.65 5.95 6.25 6.65
Jahre 11-14
Mk. 6.95

Elegantes Söckchen
Baumwolle, in marine, endet u.
leder, mit weisagefingeltm
Vollrand
Jahre 4-5 5-6 6-7 7-8 8-11
Mk. 0.65 7.35 7.95 8.55 9.25
Jahre 11-14
Mk. 9.85

Strumpf-Eulitz

Pflüschsola (rot), Stegflsch,
3guter, einl. Bettst. m. Matr.
billig. Reiter Straße 38, II. l.

Sofa, 2 Bettstellen m. Matr.,
Tisch, 2 Baldschilde, 4 Stühle,
2 Gaslampen, 2 Petroleum-
Lampen, 2 Koffer, Bilder-
Rahmen, 1 große Geküsst-
tisch, verschiedene Küchen-
gegenstände billig s. verkauft.
Gabelsbergerstraße 6, II. lfs.

Chaiselongue billig zu verk.
Schönef., Dimpfstr. 65, IV. l.

Chaiselongue, Klidentische,
Sofatische, Kletterkorb, Kinder-
korb, Waschmaschine, Bilder-
billig s. vt. Lind., Jolephstr. 46.

Chaisel m. Decke 250 Kleider-
schrank, Vertiko, Tisch billig
s. vt. Jolephstr. 31, III. r.

Tisch vieredig, einfach, s. vt.
Sophienstraße 41, III. l.

**zu verk. Kommode, Kleider-
schrank, Tisch, 3 Kl. Stühle,
Schreibpult, ei. Bettst. m. M.
billig Körnerstraße 14, part.**

2 moderne Betten
m. Stahlmatr. u. Dreilaufb.,
4 Bettst. m. gut. laub. Matr.
200-250. Chais., Sofatisch,
Stühle vt. Brüberstr. 10, I. l.

2 engl. Bettst. m. Stufen
u. Patent-Matr. Stegflsch,
Kleiderst. Pflüschsola 480,
Nisslosa 300 Gophentst. 50, II.

Bettstelle m. Matratze, 2 große
Matratzen, Staffelei zu ver-
kaufen Köhntzer Str. 20, I. l.

**Bettst. gebt. Tisch vt. b. Rdn.,
Kleid. Wilhelm-Str. 17, III. r.**

Ad. Gitterbett m. Matr. II.
Spiegel, 2 Sch. Zimmerbilder
billig s. vt. Ad. Klappst. 20-40.
Vindenan, Birkenstraße 8, p. r.

Banduhr, schön, 250. 4, 4fält.
Kommode für 80. 4 zu verk.
Vindenan, Eionstraße 6, I. l.

Bandoneon, 100tön., oft. s. vt.
Leutisch, Weikstraße 18, p. lfs.

Bandoneon Dur. verkauft
Baunsdorf, Paulinenst. 5, I. r.

Mähmaschine, autnäh., vt. vrow.
Meth. Frankfurter Str. 22.*

Mähmaschine, gutnähend, vt.
Kappe, Nürnberger Str. 11.*

Fahrräder
neu und gebrauchte
Bereitungen
größte Auswahl
Reparaturen
billige Preise

Fahrradhaus Pötsch
Taubchenweg 86. *

Fahrräder
Laufbed. u. Schläuche
liefert s. bill. Tagespreis
Fahrradhaus Dietrich
Junituststraße 1a,
Ede Wurser Straße
Gr. Reparaturwerk.
Schweissen, Löten,
Einmüllern, Vernit.,
Motorrad-Reparat.

Fahrräder
neu, u. wie neu vorgerichtet.
Fahrrad-Zubehör
größte Auswahl allerbilligst
Beyer Steinweg 33

Billige Wurstwaren

Frische Blutwurst . . . Pfund 10.00
Zwiebel-Leberwurst . . . Pfund 10.00
Mettwurst . . . Pfund 14.00

Rind- und Schweinefleisch
2 Pfund-Dose 9.00

Corned-Beef . engl. 1 1/2 Pfund-Dose 10.50
Corned-Beef . . engl. 6 Pfund-Dose 38.50
Corned-Beef . . . los 8.00

Speck gesalzen . . . Pfund 9.50
Schwarzfleisch geräuchert . Pfund 14.50
Rindertalg . . . Pfund 9.00
Schweineschmalz . . . Pfund 12.00
Margarine . . . Pfund 10.50 u. 9.50

Milch ungezuckert . . . Dose 6.75
Milch Ideal . . . große Dose 8.50
Milch gezuckert . . . Dose 8.75

Kakao garantiert rein Pfund 15.00

GEBRÜDER GUSKE
Windmühlenstr. 4-12, Fil. Johannisplatz.

Hausfrauen

fordert einzig und allein
Hurgens & Prinzens
Cocosa-
Pflanzen-Butter-Margarine
Solo-
Margarine
als besten Ersatz für
Butter

In allen Nahrungsmittelgeschäften und den Verkaufsstellen des
Konsumvereins zu haben.
Laufend treffen frische Sendungen ein.
Fabrik-Lager: Eduard Brade, Leipzig
Kontor: Montbestr. 4 - Lager: Brandenburger Str. 4 - Fernspr. 2265

Volken neue und gebrauchte
Fahrräder
mit Torpedo-Freilauf billig
Gr. Fleischerstraße 22, Laden.
Herr- u. Damen-Fahrräder,
Plänkel u. Schläuche vt. bill.
Fahrradh. Kreuzstraße 46, D.*

S. Rad, Freilf. la Gu. 425. 4.
Koblaartenstr. 44, II. Tröbler.
Herrn-Rad m. Freilauf und
Berelsina verkauft Ledonn,
Karl-Krause-Str. 12, Tröbl.
Rad aut. m. Freilf. u. Gummi
s. vt. Saitlinstraße 5, II. lfs.
S. Rad, Stahl, s. Gu., o. Freilf.
Kellertellerstraße 2, part. r.

Kinderwagen, elegant, weiß,
auf Riem. ganz billig zu
verk. Wurser Straße 67, II. l.

Kinderwagen, elegant, hell,
s. verkauft. Fruchtstraße 18, II.

Kinderwagen, gebt., hell, aut.
erb. Wiener Schwinger s. vt.
Schönef. Scheumannst. 4, III. l.

Tafelkinderwag. eleg. 250. 4.
s. vt. Reudn., Beikstraße 9, I. l.

Korbkinderwag. mod. 240. 4.
Bromen-Rinderwag. 320. 4.
Klappkinderwag. m. Verb. 160. 4.
Vindenan, Birkenstraße 8, p. r.

Korbkinderwag. hell, l. guth.
Korbkinderwag. m. Gellert bill. zu
vt. Mersburger Str. 47, D. II. l.

Wagen, bisf. Angebot! Elen.
Mehmt. Korbkinderwag. m.
Donnelmüllstr. Klappkinder-
wag. m. Verb. Birkenstr. 8, p. r.

Schöne Korbkinderwag.
Bandoneon, 100tönig, A-Dur
mit Koffer u. Noten, billig zu
verk. Lind. Radisstr. 3, IV.

Klappkinderwag. u. Bromen-
kinderwag. neu und wie
neu vorgerichtet, wie bekannt
billig. Gabelsbergerstr. 10.

Wohnung, Schreibzimer!
Stauben billig zu
verwendb. als Einzimmer-
Wohnung, Rosen- u. Tomaten-
pflanze usw. von 20 bis an-
100. 100. 100. 100. 100. 100.
Verkauf: Mittw., Donner-
stag und Sonnabend, Hotel
Volkstein a. Banr. Bahnhof u.
Deutscher Hof, in Paunsdorf,
Bei grön. Volk Weisermahl.

Marke „Neptun“

**Außergewöhnlich
preiswertes Angebot
in Schuhwaren!**

Solange der Vorrat reicht!

Damen-Hochschäftstiefel
110.50 125.50

Herrn-Stiefel braun u. schwarz, mod. Form, 125.50
249.50 225.- 198.50 155.50

Damen-Stiefel 145.50 125.50 105.50

Damen-Stiefel Hochschäft, schwarz, ele- 145.50
gante Form . 175.50 165.50

Damen-Stiefel Hochschäft, schwarz u. farb. 165.50
Goody Welt . 185.50 175.50

Damen-Halbschuhe moderne Form, 79.50
110.50 75.50

Damen-Spangen-Schuhe . 72.50 62.50

Gesellschafts-Schuhe in Samt und 43.50
Seide

Weiß Leinenschuhe 48.50

Weiß Kinder-Stiefel 27/30 43.50
31/35 75.50

Hauschuhe . . 15.50 12.50 10.50 9.50 7.50 5.50

Turnschuhe in guter Ausführung . . . von 22.50 an

Ledersandalen 26.50

Strümpfe schwarz, braun, weiß, grau 13.75

Socken 8.50 7.50

Verstellbare Leisten 5.95

Schuhhaus Neptun

G. m. b. H.
Hainstraße 20/24. Windmühlenstraße 31

Überzeugen Sie sich

die billigsten Preise in sämtlichen Haushalt-
Artikeln bei adregerer Ware
finden Sie immer noch bei

Max Germann

Kurprinzstraße 14 Ede
Brüderstraße

Zeller weiß, tief und klar 2.00
Zeller Zwiebelmuster, tief und klar . . . 3.00
Küchengeräte deforiert, 22 teilig 195.00
Waschgeräten komplett, bunt . . . 55.00
Kaffeefervice Porzell., Meißl., bunte Rante 75.00
Ober- und Untertasse weiß, zusammen 3.50
Weingläser 3.50
Litörgläser 1.75
Wassergläser 1.60
Zeebeher 1.50
Eimer Emaille 28 cm, schwere Qualität 17.50
Für Gastwirte und Cafés:
Wampe-Litörglas 6.50

Prima Geithainer Emaille
rau und weismarmoriert

Felle-Einkauf.

Sie bin noch wie vor Käufer für alle Sorten roher
Häute und Felle zu höchsten Tagespreisen.
Albin Wagner, Querstr. 27.

Staugesuche
Fr. Glaser Rantstädter
Steinweg 48, Lad.
Telephon 1312
St. D. u. D. Garderobe
Möbel
Bücher, Bett, Tepp., Gardin.,
Reichhaush., Gold- u. Silber-
waren, low. anse. Nachlässe.
Kaufe Herren-Garderobe
Militär-Gachen I.
Bett u. Leibw. Leibhaush.,
Kliff. Rantstädte Gasse 6, pt.
Strassenbahn b. Battenberg
Guterh. hell. Sommeranz. H.
Dff. u. 8.30 an die Exp. b. Bl.

Gebr. Möbel
kauf Brenzel, Nürnberg
Straße 10, Tel. 6851.
Kaufe Möbel, Leibhaush.,
Schne. Federbett, Wäsche,
Kappe, Nürnberg Str. 11.
Versteh. guterh. Möbel
kauf Ungert. 10, Dietrich.

Sofa
auch defekt, kauf Nürnberg
Str. 10, I. Tel. 6851.
Eil. Rdr. Gitterbett, m. W.
s. Lael Br. Off. erb. Wehler,
Co., Auerbachstr. 2, II. W.

Alte Taschenuhren
kauf Uhrmacher Urban
Spezialist für Reparaturen
Wächterstraße 28.*

Mähmasch. auch defekt, kauf
Kappe, Nürnberg Str. 11.*

Alte Fahrräder, Motor-
räder, auch defekte, kauf
Schöffler, Fräberstraße 8. *

Dr. dring. D. u. S. Rad, a. o.
Gummi, Kohlaartenst. 44, II.*

Klappwag. u. eil. Rdr., Bettst.
kauf Sedwigt. 4, IV. r.

Klappwag. mit od. oh. Verb.
kauf Wehler, Dff. m. Preis
Co., Auerbachstr. 2, II. W.

Bermischte Anzeigen
Rat und Beistand
Miment., Ede- u. Straßchen
Gnadengasse 14.
Grat, Grimm, Steinweg 14.*

Uhrmacher
übernimmt Uhren-
Reparat. aller Art.
M. Israel Promenaden-
straße 5, Laden

Leips. Reich-Institut für
Frack-, Gehrock-,
Smoking- und Kutwananzüge,
Klapp- u. Zylinderhüte,
Lager beider reines Stoffe,
Anfertigung mod. u. gutlebd.

Damen- und Herren-Garderobe
auch Umarbeitungen all. Art
steht in der hiesigen Zeit außerst
bill. Preise. **Henry Bolau,**
Alberstraße 29a, I. Ede
Reiter Str. 3, Fernspr. 6377.*

Anzüge-Auffrischen
und Bügeln in 24 Stunden
für 10 Mk. frei Haus.
- Bitte Postkarte.
B. Lehmann, Turnerstr. 1.

Möbelführen
mit Einspänner-Hoffwagen
promot und billig.
Alexanderstr. 34, Tel. 5336.
Bestellung rechtsseitig erbet.

Wohnungen
Schneiderin sucht Schlafräume,
wo tagsüber ein Zehntel
Kand bleiben kann. Dff. u.
V. 40 a. d. Fil. Reiter Str.

Inzerate sind nicht an die
Redaktion, sondern
an die Expedition abzugeben

**Die allgemeine Volksschule und der Religions-
unterricht in der Republik Sachsen**
mit ausführlichen Erläuterungen von **Richard Lipinski**
Preis 1.25 Mk.

Leipziger Buchdruckerei A. G.
Veitstra. Tauchaer Straße 10/21

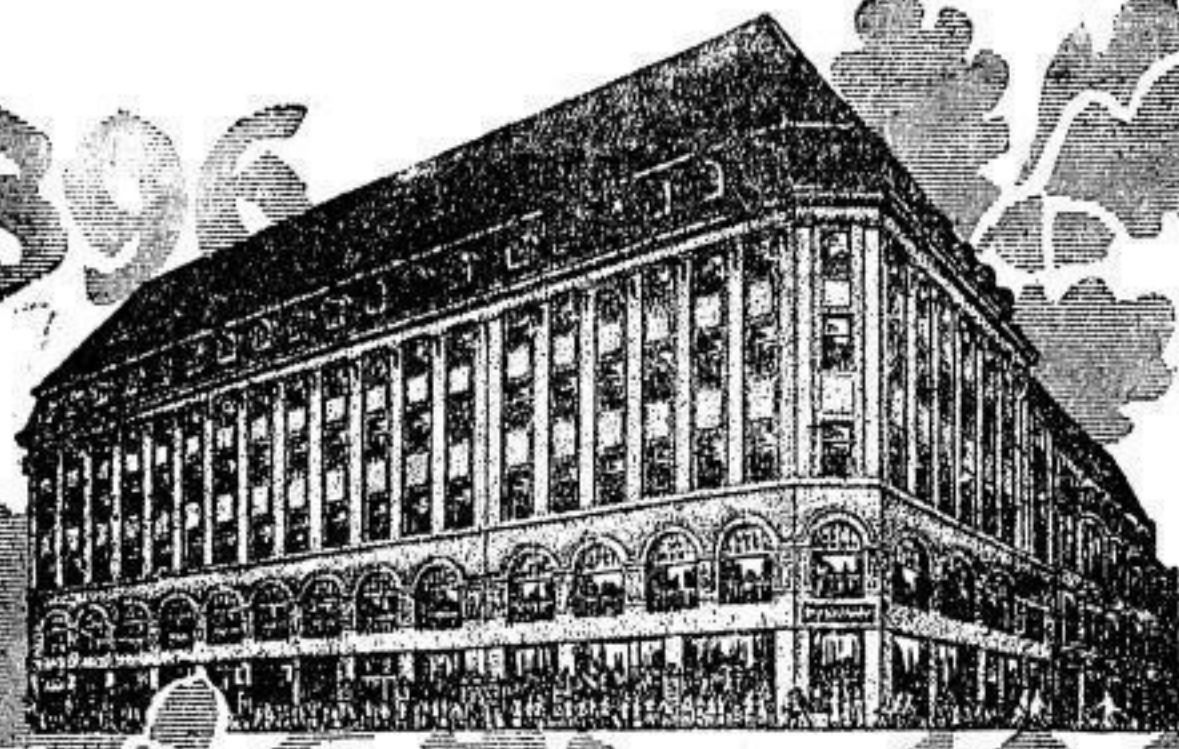
Einzelverkauf

zu Engros-Preisen

Damenstiefel mit u. ohne Lackbesatz 90.00
Damenstiefel R.-Chevreau 118.00
Damenstiefel Boxcall 135.00
Damenstiefel Boxcall m. Lackkappe 140.00
Damenstiefel Hochschäft 150.00
Damenstiefel braun 220.00
Herrnstiefel Rindbox m. Kalbleder-
einsatz 40/46 120.00
Herrnstiefel Wildbox 110.00
Herrnstiefel Prima 150.00
Herrnstiefel Extra Prima . 195.00 170.00
Herrnstiefel braun 190.00
Lack-, Schnür- u. Spangenschuhe 168.00
Damen-spangenschuhe 98.00
Damenhalbschuhe 90.00 75.00 69.00
Damenhalbschuhe braun . 165.00 145.00
Kinderstie- el . . 19/22 28.50 23 24 29.50
Kinderstiefel 25-26 52.00
Mädchenstiefel 27/30 64.00 75.00
Kinderstiefel Prima Rindbox . 34/35 97.50
Jünglingsstiefel 36/30 132.00
Lederhauschuhe 36/42 44.50
Kinderstiefel braun 25/35 extra billig

Stein & Comp. Schuhwaren-Engros
Richard-Wagner-Straße 13, III.
Fahrrstuhl. - Geöffnet 9-1 und 3-6

1896



MAX
HAUMANN

1921

Am 24. März 1896

eröffneten wir in Leipzig das Warenhaus Ury Gebrüder.

Aus kleinsten Anfängen heraus haben wir die Firma zu ihrer jetzigen Größe und Bedeutung gebracht.

Durch unseren Grundsatz:

Gute Waren zu billigen Preisen
haben wir uns die Anhänglichkeit unserer verehrten Kundschaft erworben. Wir bleiben diesem Grundsatz auch in Zukunft treu.

Außergewöhnliches Angebot anlässlich unseres heutigen Jubiläumstages

Roh-Kessel ca. 90 cm breit, solide Ware	6,25	Wash-Unterröcke mit Volant, gestreift	35,00
Renforcé ca. 80 cm breit, schwere Eläss. Ware Mtr.	9,50	Stickerie-Langnette Mater	25,00
Cheviot reine Wolle, Soppelt breit, nur schwarz	22,50	Madapolame Stickerie hübsche Muster bis 8 cm breit	3,95
Seide in mehreren mod. farb. ca. 90 cm br., vorzügl. Messaline u. Paillette	62,50	Kloppelecken Reinleinen, für Kopfkissen	1,95
Damen-Taschentücher mit Langnette u. gestickter Ecke	3,50	Übergardinen 3teilig	19,75
Damen-Taghemden aus S-Tuch, Strücker Ausschnitt, m. Barmer Ans.	24,50	Halb-Store aus Erbstüll mit Volant	39,50
Damen-Nachthemden Seigelform, m. br. Stickerieinsatz m. Gümmchen	62,50	Künstlergarnitur 3teilig, vorzügl. etgl. Tüll	68,50
Untertaillen reich mit Spitze garniert	14,50	Friskierkämme extra stark, weiß, braun, schwarz. Stück	7,50
Korsetts grau, aus solidem Stoff, gute Passform	27,50	Marktneze mit Bügel aus gutem Dinofaben Stk.	7,50
Damen-Schlupfhosen farbig, gute Ausführung	17,50	Frühstücks-Service Porzellan, 5teilig, fein dekoriert	17,50
Damen-Handschuhe Seinen-Fruchtation	9,75	Tassen Porzellan, mit Untertassen und Goldrand	3,25
Herren-Hüte Haar, weich, farbig	39,50	Besteckkästen Küche, 3teilig	4,75
Oberhemden farbig mit weichen Manschetten	68,00	Tischbestecke m. braunen Griffen, pa. Solinger Stahl	7,50
Blumenfettseife ca. 70 Gramm, sortierte Gerüche	1,95	Emaillé Eimer weiß 28cm Durchm., extra schwere Qual. Stk.	19,50

Morgen wird unser Geschäft erst 1/11 Uhr geöffnet!

URY
Gebrüder

Auf einen Posten

Herren- und Damen-Lodenmäntel

gewähre ich diese Woche 10% Nachlass.
Empfehle Lodens-Anzüge u. Lodens motorwaise
Münchener Lodenhaus, Wintergartenstrasse 8
G. Zimmermann.

Zur bevorstehenden Saison empfehle in all-
bekanntester Güte

Saatkartoffeln

für kleinen Boden geeignet, frühe, späte und mittlere
Sorten zu soliden Preisen. Gleichzeitige bringe Spezial-
kartoffeln in empfehlende Erinnerung.
Max Robert Dachsels, L.-Neusch., Neust. Str. 68

Farben Lacke Malerutensilien

empfehlen zu niedrigen Preisen
in großer Auswahl

Theodor Reiche & Co., Leipzig
Pachhofstraße 11/13 (Gewerkschaftshaus).

Geyers billige Lebensmittel

Schweinefleisch 1100

Speck und Schwarzfleisch 1000

Schweinepökelfleisch 1100

Tafel-Margarine 9.45

Butter 2.40 Griech. Weiz. 2.75

Milchpulver 2.75

Reis 3.10 Doppelriegel 3.10

Schönefeld, Paul-Reyde-Strasse 30

Sellerhausen, Billowstrasse 41

Rönditz, Kapellenstrasse 10

Kleinzechocher, Wilsdorfstrasse 48

Witschels Fischhaus 41

Plugwitz, Zschochersche Str.

Für Karaffel empfohlen:

Blutr. Seelische ohne Kopf in 2.00 Mk.

ganzen Fischen 2.25 Mk.

Im Anschnitt 2.50 Mk.

1a braunrote Koteletten 2.50 Mk.

Holgerländer Angelschellfisch 2.50 Mk.

Zum Herings-Salat:

1a neue Schollen 5.00 Mk.

Pa. Norweger Sloeheringe 2.50 Mk.

H. Norweger Vanoheringe 1.50 Mk.

Katholischer Tafelmargarine in
Würfen, wie gute Butter 10.00 Mk.



Paul Baumann

Fischwaren-Groß-

Handlung

Tel. 14122 Windmühlenstr. 42

Direkt

vom Fangplatz

15000 Pfund

blutfrische See-Fische

treffen diese Woche ein.

Ohne Kopf Pfund 1.50

Ganze Fische 1.75

Im Anschnitt
1 Pfund 1.75 Mk., 3 Pfund 5.00 Mk.

Fisch-Koteletten

ohne Abfall

1 Pfund nur 2.00 Mk.

Billige Seefische

blutfrische kopflose Ware

1 Pf. 1.80 Mk., 3 Pf. 5.00 Mk.

Fischkoteletten, braunrot, Pf. 2.00 Mk.

Grüne Heringe

feinste frische Schwedenware

1 Pf. 1.80 Mk., 3 Pf. 4.50 Mk.

Hering in Gelee

4 Ltr.-Dose ca. 7 Pf. 22.00, 1 Pf. 4.00 Mk.

Johann Rutschka, Li., Gundorfer Str. 17

Fischwarengroßhandlung. Fernr. 43203.